Wo in Hamburg die Sonne aufgeht!

Tätigkeitsbericht

des Bezirksamtes Bergedorf für das Jahr 2012

HAMBURG
BERGEDORF

www.bergedorf.hamburg.de

Freie und Hansestadt Hamburg **Drucksache XIX/1171**

Bezirksamt Bergedorf

TÄTIGKEITSBERICHT

DES

BEZIRKSAMTES BERGEDORF

BERICHTSJAHR 2012

(32. Fortschreibung)

VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2012 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 33. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Arne Dornquast

Bezirksamtsleiter

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
1.	**Dezernat Steuerung und Service**	
1.1	Interner Service	5
	Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	5
	Gebäudemanagement,	6
	Katastrophenschutz,	7
	Lichtwarkausschuss	7
1.2	Personalservice	8
1.3	Ressourcensteuerung	
	Haushalt	10
	Organisation und IT-Angelegenheiten	12
1.4	Rechtsamt	12
2.	**Dezernat Bürgerservice**	
2.1	Fachamt Einwohnerwesen	15
2.2	Fachamt Personenstandswesen	18
3.	**Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit**	
3.1	Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	20
3.2	Fachamt Sozialraummangement	23
3.2.1	Integrierte Stadtteilentwicklung	24
3.2.2	Steuerung und Förderung	25
3.2.3	Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	26
3.2.4	Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit	27
3.2.5	Sportangelegenheiten	27
3.2.6	Sonstige Aufgaben	28
3.2.7	Integration von Zuwanderern	28
3.2.8	Arbeitsmarkt Koordination, Jugendberufsagentur	30
3.2.9	Bezirkliches Bildungsmanagment	31
3.3	Fachamt Jugend- und Familienhilfe	32
3.4	Fachamt Gesundheit	38

4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung 48
4.1.1 Übergeordnete Planung 48
4.1.2 Bebauungsplanung 50
4.1.3 Landschaftsplanung 51

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes 52

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt 58
4.3.1 Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung 59
4.3.1.1 Gewerbe- und Ordnungsrecht 59
4.3.1.2 Lebensmittelüberwachung und Marktwesen 62
4.3.2 Veterinärwesen 64
4.3.3 Technischer Umweltschutz 66

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt 67
4.4.1 Wirtschaftsförderung 68
4.4.2 Bauprüfung 71
4.4.3 Service und Verwaltung 73
4.4.4 Umwelt 74

1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	46,52	47,70	50,18
Sachkostenbudget Ansatz und Rest Vorjahr Ausgaben übertragbarer Rest	 19.585 19.585	 11.296 11.296	 10.265 10.265
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

1.1. Interner Service

Leitung: Dr. Andreas Aholt, Tel. 42891-2100

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	18,53	19,33	21,29

Die Kernaufgaben des Internen Services, Gremienbetreuung, Gebäudemanagement, Katastrophenschutz, sowie die neu gegründete Kulturabteilung entwickelten sich in 2012 wie folgt:

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2010	2011	2012
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	17	15	15
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	140	113	131
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	517	449	567
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	149	108	156
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	708.057	821.084	785.321
Eingaben an die Bezirksversammlung	33	28	30
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	85	71	69

Schwerpunktthemen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen hauptsächlich Bau- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2012 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Überarbeitung der bezirklichen Unterseiten im Rahmen des Relaunch von www.hamburg.de
- Organisation des Helfertags
- Begleitung des Adventsmarkts
- Teilnahme am Tag des Denkmals (Führungen und Kuchen im Rathaus)
- Ablösung von open plenum begleiten

Ehrungen

Ehrungen:	2010	2011	2012
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	15	3	15
90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100	298	280	246

Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

Gebäudemanagement

	2010	2011	2012
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	27	18	18
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude	963.583	1.140.249	1.053.525
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m² -davon angemietet in m²	26.668 22.178*)	19.424 15.128	20.108 15.801
Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m²	2,93**)	4,89	4,36***)
Durchschnittliche Mietkosten je m²	10,80	11,17	10,94

*) in den angemieteten m² sind noch Objekte enthalten, die vertraglich erst zum Jahresende 2010 ausgelaufen sind.
**) dieser Betrag ist nicht aussagekräftig, weil sich durch die Anmietung des DLZ die Gesamtfläche in 2010 deutlich erhöht hat, die Kosten aber noch nicht angelaufen waren.
***) Ist 2012 gesunken, weil 2011 noch Alt-Objekte angemietet waren.

- Verlegung von Dienststellen: Umzüge der Elternschule und Erziehungsberatung vom Friedrich-Frank-Bogen und Oberer Landweg zum Billwerder Billdeich 648
- Übergabe der ehemaligen Räume der Elternschule an den Eigentümer. Rückbauten in den genannten Objekten
- Übernahme der neuen Räume für die genannten Dienststellen am Billw. Billdeich
- Ausstattung sämtlicher Jugendeinrichtungen mit Rauchmeldern
- Austausch der veralteten Kesselanlage im HdJ Heckkaten
- Grundsanierung der Kellertreppen im HdJ Heckkaten
- Umrüstung des Daches bei KulturA mit Absturzsicherung
- Überarbeitung der Holzfußböden in den JC Neuallermöhe-Ost und Dolle Deerns

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Am 16. November wurde die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. Unter Beteiligung beider Technischen Einsatzleitungen (TEL/DV) sowie einer Kernbesetzung des RKD wurde das Zusammenspiel aller an der Deichverteidigung beteiligten Einrichtungen erprobt. Es wurden neben der praktischen Arbeit an angenommenen Schadenstellen auch die zeitnahe Zusammenführung von Personal und Material sowie der Austausch von Meldungen geübt.

Am 6. Oktober wurde wieder gemeinsam mit der DLRG die Warnung der Bevölkerung bei einer sehr schweren Sturmflut geübt. Ziel der Übung war, den Beteiligten Handlungssicherheit zu vermitteln und zu überprüfen, ob die Warnung der Bevölkerung in angemessener Zeit erfolgt. Beide Übungsziele wurden in vollem Umfang erreicht.

Als wesentliche Maßnahme erfolgte im Jahr 2012 wiederum neben der Schulung der Mitarbeiter und der Einarbeitung in relevante Software die Mitarbeit in mehreren Arbeitsgruppen, deren Schwerpunkte zum einen die Erarbeitung eines modernen Ausbildungskonzeptes für Stabsmitglieder und zum anderen einer bezirksübergreifend einheitlichen Stabsstruktur waren.

Katastrophenschutz	2010	2011	2012
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	1	2	2
Anzahl der Schulungen	4	8	8
Anzahl der Einsätze	0	0	1

Bei 8 Schulungsterminen wurden insgesamt 21 Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

Lichtwark-Ausschuss

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, den 11. Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“ sowie den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

Spielzeit	09/10	10/11	11/12
Anzahl der Veranstaltungen	37	45	44
Anzahl der Abonnenten	982	882	858
Anzahl der "freien" Besucher	11.978	14.913	13.456
Auslastung der Veranstaltungen	74,0	74,2	73,8

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison gerade mit Blick auf die Anzahl der Veranstaltungen kontinuierlich weiter entwickelt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung gut angenommen. Das lässt sich daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt. Mit einem attraktiven Angebot kann diese Entwicklung fortgesetzt werden.

49. Jugendmusikantenwettstreit

Ca. 100 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 20. Mai. Die Oscar und Vera-Ritter-Stiftung ermöglichte durch ihre großzügige Spende erneut die Vergabe von Preisen in Form von Musikalien-Gutscheinen.

33. Jugend-Theatertage

9 Theatergruppen zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab. Der neu gegründete Zusammenschluss Freunde des Theaters Haus im Park leistete eine großzügige Spende zur Finanzierung der Preisgelder des Wettbewerbs. Die Veranstaltungen wurden gut besucht.

Museen des Bezirks

Im Fachamt interner Service wurde 2012 in enger Abstimmung mit der Bezirksamtsleitung und unter Beteiligung zahlreicher, weiterer Stellen ein dann gegen Jahresende durch die Bürgerschaft beschlossenes Konzept zur Überführung des Museums Rieck Haus und des Museums für Bergedorf und die Vierlande in die Verantwortung des Bezirksamtes Bergedorf erarbeitet.

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	6,43	6,14	6,19

Die Aufgabe des Fachamtes Personalservice (PS) besteht im Wesentlichen darin, die Arbeitgeberinteressen zu vertreten und darüber hinaus die Behördenleitung und die übrigen Fachämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen zu beraten.

2012 gab es neben den Routineaufgaben folgende besondere Arbeitsschwerpunkte:

Nachdem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gemeinsamen Einrichtung (team.arbeit.hamburg) ab 2011 per Gesetz der zuständigen Fachbehörde zugewiesen wurden und das Bezirksamt in Amtshilfe für 2011 noch die Personalsachbearbeitung wahrgenommen hatte, wurden die Akten aller Beschäftigten von team.arbeit.hamburg im ersten Quartal 2012 an die BASFI abgegeben.

Die Mitarbeiter des BOD waren bei der Klage zu ihrer Eingruppierung vor dem BAG erfolgreich und in der Folge waren von PS zeitlich weit zurückreichende Berechnungen durchzuführen, um die entsprechenden Höhergruppierung umzusetzen.

Die endgültige Integration der Asklepios-Rückkehrer war ein Themenschwerpunkt des 2. Halbjahres 2012. Der Senat hat nunmehr die Versetzung aller derzeit abgeordneten Rückkehrer in die Bezirksämter und Behörden beschlossen.

Insbesondere zum Ende des Jahres 2012 war die zum 01.01.2013 in Aussicht gestellte Übernahme der Beschäftigten des Museums für Bergedorf und die Vier- und Marschlande und des Rieckhauses von der Stiftung Historische Museen Hamburg in das Bezirksamt Bergedorf vorzubereiten.

Neben der Betreuung spezieller Beschäftigtengruppen waren auch Themen für alle Beschäftigten im Fokus. So trat am 01.07.2012 die vom Personalservice vorbereitete Dienstvereinbarung zur „Neuen Gleitzeit" im Bezirksamt Bergedorf in Kraft, die eine größere Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeit bedeutet. Obwohl die Fluktuation der Beschäftigten im Bezirksamt Bergedorf verglichen mit anderen Bezirksämtern und Behörden eher gering ist,

wurden in 2012 unter der Federführung des Personalservice 30 (Vorjahr 38) Stellenauswahlverfahren durchgeführt.

2012 hat sich das Bezirksamt Bergedorf erfolgreich um das Hamburger Familiensiegel beworben. Dieses wird Unternehmen verliehen, die sich vorbildlich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Beschäftigten einsetzen.

Im Rahmen der Ausbildung hat sich das Bezirksamt für den Garten- und Landschaftsbau 2012 erfolgreich um insgesamt 18 Auszubildende gekümmert. Das erste Mal wurde ein spezielles Bewerbungstraining für diese Auszubildenden angeboten und von der Ausbildungsleiterin durchgeführt. Die Betreuung im Rahmen der Ausbildungsoffensive konnte insofern erfolgreich abgeschlossen werden, dass die 12 zusätzlichen Azubis durch den intensiven Einsatz aller Bezirksämter innerhalb der FHH eine Beschäftigung gefunden haben. Das Bezirksamt Bergedorf selbst hat fünf Azubis übernommen.
Für das Hamburger Hauptschulmodell wurden Beratungsgespräche mit fünf Hauptschulabsolventinnen und –absolventen geführt. Hier geht es darum, die Berufsmotivation der Absolventen zu erkunden und sie für die Bewerbungssituation zu coachen.
Die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte (NWK) im Fachbereich Allgemeine Dienste sind leicht gesunken. 2012 wurden im gesamten Bezirksamt insgesamt für 12 NWK in der Laufbahngruppe 1 (ehem. mittlerer Dienst) und für 9 NWK für das Eingangsamt der Laufbahngruppe 2 (ehem. gehobener Dienst) Ausbildungsplätze bereit gestellt. Die übergreifende Betreuung für alle NWK erfolgt durch den Personalservice, die praktische Ausbildung vor Ort in den einzelnen Dienststellen des Bezirksamtes. Auch im Personalservice selbst wurden drei Nachwuchskräfte praktisch ausgebildet. Im Rahmen von Praktika wurde zwölf Schülerinnen und Schülern ein Betriebspraktikum im Bezirksamt ermöglicht, drei Studentinnen und Studenten absolvierten hier das für ihr Studium vorgesehene Pflichtpraktikum und im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit haben acht Praktika stattgefunden.

Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden wieder monatliche Gesundheitstipps und Ohrakupunktursitzungen angeboten. Außerdem wurde ein Einsatztraining für den BOD -bestehend aus Theorie und praktischen Übungen- organisiert.

Kennzahlen	2010	2011	2012
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,62	0,9	1,3
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	90,26	69,2	73,5
∅ Krankenquote in %	8,1	8,5	8,3
Quote (in %) der Schwerbehinderten	8,7	8,27	[1]

Das Bezirksamt beschäftigte		2010	2011	2012
	Beamte	171	171	144
davon (in %)	weiblich	63	63	63
	männlich	37	37	37
	teilzeitbeschäftigt	26	26	26
	beurlaubt o.ä.	4	2	3
	Tarifbeschäftigte	378	387	371
davon (in %)	weiblich	56	57	56
	männlich	44	43	44
	teilzeitbeschäftigt	32	32	32
	weiblich	84	82	79
	männlich	16	18	21
	beurlaubt o. ä.	3	3	3
	Geringfügig u. sonstige Beschäftigte	1	1	3
	Auszubildende (gewerblich)	17	18	8
	Beschäftigte insgesamt	567	577	527[2]
	Honorarkräfte	197	200	236

2: Erstmals ohne 59 Mitarbeiter (26 Beamte, 33 Tarifbeschäftigte) von team.arbeit.hamburg

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	9,65	10,05	9,65

- Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für 2013/2014 war ein erheblicher Kapazitätsanteil in der Haushaltsabteilung durch den vom Senat beschlossenen Wechsel in der Haushaltssystematik gebunden. Die Entschlüsselung und die Konkretisierung der Konsequenzen der Eckdatendrucksache für das Bezirksamt, Detailaufklärungen zu den Berechnungsgrundlagen für den Ausgaben- und Einnahmenkorridor sowie Ermittlung der Teilbudgets für Personal-, Sach- und Investitionskosten waren ebenso schwierig und zeitaufwändig wie die Verhandlungen über Korrekturen bzw. Umverteilungen zur Beseitigung von Berechnungsfehlern im Zahlenwerk unterhalb der Ebene der beschlossenen Eckdaten.

[1] Die Quote wird zentral vom Personalamt errechnet und liegt erst im April vor
[2] Erstmals ohne 59 Mitarbeiter (26 Beamte, 33 Tarifbeschäftigte) von team.arbeit.hamburg

- Die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages 2013/14 nach der neuen Haushaltssystematik einschl. Überprüfung und Umstellung der Veranschlagung der Einnahmen sowie die konzeptionelle Vorbereitung und Veranschlagung des neuen Instrumentes einer Globalen Minderausgabe auf der Grundlage der Eckdatendrucksache konnten dennoch annähernd im vorgesehenen Zeitrahmen abgeschlossen werden.

- Die Mitarbeit in überbezirklichen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung konzeptioneller Vorschläge für die Umsetzung der künftigen SNH-Strukturen in den Bezirksämtern war wegen der ausstehenden politischen Rahmenvorgaben in 2012 nur ansatzweise gefordert.

- Die Informationsbeschaffung, Datensammlung sowie die Bewertung konzeptioneller Vorschläge des Projektes HERAKLES für die Umstrukturierung der Buchungsorganisation/ Kassendatenerfassung in der Bezirksverwaltung wurde fortgeführt. Konkret hat sich die Bezirksverwaltung geschlossen für die künftige Inanspruchnahme eines zentralen Dienstleisters entschieden.

- Im Hinblick auf die Einführung von HERAKLES wurden erste Datenbereinigungen, Umbuchungen und Verrechnungen im Altdatenbestand vorgenommen, um bei Produktivsetzung des neuen Buchungssystems aktuell-korrektes Material einspielen zu können und die Übernahme von „Datenfriedhöfen" zu vermeiden.

Gesamtumsatz in TEUR	**2010**	**2011**	**2012***
Einnahmen	**6.564**	**9.400**	**10.013**
Ausgaben	**79.948**	**83.517**	**74.234**
Bauinvestitionen/Beschaffungen	**12.363**	**11.771**	**11.577**
davon *Rahmenzuweisungen*	*2.439*	*2.935*	*3.226*
Einzel- und Zweckzuweisungen	*1.223*	*972*	*4.404*
Fachbehördentitel	*2.861*	4.092	*3.539*
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	**67.585**	**71.746**	**62.657**
davon *Personalausgaben*	*25.845*	*26.161*	*28.394*
Rahmenzuweisungen	*7.616*	*7.998*	*7.982*
Einzel- und Zweckzuweisungen	*24.692*	*27.540*	*18.330*
Fachbehördentitel	*1.406*	*1.934*	*2.069*
Barumsätze in TEUR			
Einnahmen	2.368	*3.289*	*2.980*
Ausgaben	2.361	*3.291*	*2.974*

*** vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss/13. Kassenlauf 2012**

Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	6,95	7,68	**7,83**

Die Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs" zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten ist auch 2012 fortgeführt worden. Dazu gehörten auch die Anpassungen der Datenbestände für die Personalkostenprognose und des Telefonischen Hamburg Service aufgrund weiterhin hoher Fluktuation.

Auch im Jahr 2012 waren leitungsunterstützende Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung zu erledigen bzw. die Auswirkungen neuer Senatsentscheidungen zu begleiten bzw. auszuwerten.

Das Begleiten und Steuern der Projekte zur Weiterentwicklung des Bildschirmdialogverfahrens „Bauangelegenheiten mit Computerunterstützung" (BACom) und „Bauleitplanung online (BOP) erfolgte während des ganzen Jahres. Das Projekt „BOP" wurde 2012 formal abgeschlossen. Der Aufbau der überbezirklichen Verfahrensbetreuungen für alle Verfahrensmodule des Verfahrens „BACom" im Bezirksamt Bergedorf konnte begonnen werden.

Die Zahl der parlamentarischen Anfragen war auch 2012 in Fortsetzung des Niveaus aus 2011 spürbar höher als in zurück liegenden Referenzzeiträumen. Zu den Antwortbeiträgen waren damit vermehrt Auskünfte zu Ressourcenausstattungen des Bezirksamtes zu liefern

1.5 Rechtsamt

Leitung: Peter Moller, Tel. 42891-2031

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen (einschl. Vorzimmer D3)	4,79	4,50	4,50

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung, der Fachämter des Bezirksamts, der Fraktionen der Bezirksversammlung, und ihres Präsidiums. Der gegenwärtige Rechtsamtsleiter ist zugleich stellvertretender Bezirkswahl- und abstimmungsleiter.

Die Erledigungszahlen konnten gehalten werden, allerdings haben merklich verstärkte Eingänge zu verlängerten Verfahrensdauern beigetragen.

Die Zahl der Widersprüche hat nun wieder das Niveau von 2010 erreicht, was einer Zunahme von 23% entspricht. Signifikante Steigerungen gegenüber dem Vorjahr sind im Sozialbereich und beim Verbraucherschutzamt festzustellen. Die Gründe sind in letzterem Bereich diffus, auf dem Gebiet des Sozialrechts hat die Rechtsprechung des BVerfG zur Höhe der Leistungen für Asylbewerber ebenso eine Zunahme bewirkt wie die konsequentere Handhabung verspäteter Anträge auf Kita-Gutscheine beim Jugendamt. Aber auch die Tatsache, dass eine Familie im vergangenen Jahr 33 Widersprüche in ihrer Sozialhilfeangelegenheit gegenüber nur 20 im Jahre 2011 eingereicht hat, trägt ihren Teil bei. Mit knapp 54% der Fälle liegt der Schwerpunkt der

Widersprüche wiederum im Bereich des Jugend- und Sozialhilferechts. 4/5 hiervon entfallen auf die Sozialhilfe.

In den übrigen Fachbereichen bewegen sich die Widerspruchszahlen im Rahmen normaler Schwankungen; die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Eindeutige Ursachen für den relativ hohen Anteil von Abhilfen auf den Gebieten des Bau- und Sozialrechtes sind noch nicht zu erkennen. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hier um einen nur zufälligen Ausschlag handelt.

Nach wie vor erfüllt das Widerspruchsverfahren seinen Zweck, Streitigkeiten zu befrieden, obwohl die Klagefreudigkeit zugenommen hat. Inzwischen wird rund die Hälfte der Widerspruchsbescheide mit einer Klage angefochten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass rund 50% der Widerspruchsverfahren schon im Vorfeld ohne förmlichen Bescheid abgeschlossen wurden. Es gelangten also nur ca. 25% aller verwaltungsrechtlichen Streitverfahren überhaupt zu den Gerichten. Für die Qualität der im Bezirksamt getroffenen Entscheidungen spricht, dass hiervon wiederum 89% zu Gunsten des Bezirksamtes entschieden worden sind.

Ungebrochen ist der Zuwachs von schriftlichen Stellungnahmen, die von den Fachämtern des Bezirksamtes angefordert wurden. Die Steigerung hat sich allerdings mit ca. 7% (346 gegenüber 320 im Vorjahr) abgeflacht. Nach wie vor scheint es, dass die Fachämter den auf kurzem Wege von sach- und ortskundigen Kollegen geleisteten Rechtsservice zu schätzen wissen. Eine außergewöhnliche Aktion auf diesem Sektor war die Durchsicht sämtlicher Akten des Jugendamtes über Pflegekinder und –eltern, die das Rechtsamt für eine Woche komplett ausgelastet hat.

Daneben hat das Rechtsamt 18 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind.

Im Jahr 2012 absolvierten elf Rechtsreferendare und ein Wirtschaftsreferendar ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für die Ausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Um seiner Verantwortung gegenüber den Nachwuchskräften gerecht zu werden, schöpft das Rechtsamt die personellen und räumlichen Kapazitäten regelmäßig aus.

Kennzahlen:

Widerspruchsverfahren[3]	2010	2011	2012
Zugang	357	288	356
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	365	245	230
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	33	31	56
Bestand am 31.12.	170	182	252
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf - **Bauprüf- und Bauangelegenheiten**			
- Zugang	50	47	52
- erledigt	69	54	45
- davon zugunsten d. Widersprechenden	10,1 %	9,3 %	20 %
- Rest	37	30	37
- **Tief- und Gartenbau-, Naturschutzange-legenheiten**			
- Zugang	24	12	14
- erledigt	25	20	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0 %	35 %	8,33 %
- Rest	12	4	6
- **Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten**			
- Zugang	197	164	192
- erledigt	216	131	143
- davon zugunsten d. Widersprechenden	7,4%	9,16 %	23,8 %
- Rest	81	114	163
-Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang	20	19	16
- erledigt	21	18	21
- davon zugunsten d. Widersprechenden	19 %	5,5 %	19 %
- Rest	7	8	3
- **Einwohneramtsangelegenheiten**			
- Zugang	2	0	1
- erledigt	3	0	1
- davon zugunsten d. Widersprechenden	33,3%		0
- Rest	0	0	0
- **Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten**			
- Zugang	24	20	32
- erledigt	22	19	29
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0 %	5,2 %	0
- Rest	10	11	14
- **Gebührenangelegenheiten**			
- Zugang	14	11	20
- erledigt	21	13	17
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,5 %	15,3 %	11,7 %
- Rest	11	9	12
- **Ausländerangelegenheiten**			
- Zugang	12	10	16
- erledigt	10	13	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	10 %	46,1 %	33,3 %
- Rest	6	3	7
B-Plan-Verfahren	20	30	18

[3] Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Verfahren vor den Gerichten	2010	2011	2012
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	34	26	32
- abgeschlossen wurden	31	32	26
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	4	3	5
- Bestand	16	10	16

Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	103	79	79
- abgeschlossen wurden	89	74	90
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	10	10	10
- Bestand	136	141	130

Rechtsservice			
Zugang	296	320	346
Erledigung	285	366	349
Rest	103	57	54

Verfahrensdauer in Tagen			
Verfahren im Bezirksamt	165,2	145,5	148,2
- davon Widerspruchsverfahren	178,2	135,4	164,8
Gerichtsverfahren			
- Antragsverfahren	165,7	96,6	108,1
- Beschwerdeverfahren	183,8	90,9	358,8
- Klageverfahren	480,1	396,6	559,4
- Berufungsverfahren	671,4	1028,4	555,8

2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	29,72	29,99	29,75

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	20,47	20,87	21,75

Allgemeine Kennzahlen	2010 30.06.2010	2011 30.06.2011	2012 30.06.2012

Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	120.748	121.372	121.831
davon Ausländer	11.486	11.982	12.335

Abteilung für Einwohnerdaten

Bergedorf - gesamt -	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der erteilten Personaldokumente	22.248	20.738	21.671
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	14.721	16.336	16.313
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten (für das Jahr 2010 nur messbar im Bürgerzentrum Bergedorf)	25	28	46
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 1)	59,59 %	59,21%	61,9 %

*) Betriebsdatenzahlen stehen erstmals wieder ab 2009 zur Verfügung
1) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service
Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig ab dem Jahr 2009

Öffnung des Einwohnerdatenbereiches

Wie bereits in den Vorjahren, ist es auch im Jahr 2012 gelungen den dauerhaften und regelmäßigen Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Wartezeiten

Die durchschnittliche Wartezeit im Jahresmittel betrug 46 Minuten.

Seit Jahresbeginn 2011 wird auch für den Fachbereich Einwohnerdaten die Terminvereinbarung für die Kunden empfohlen. Diese Empfehlung hat zur Optimierung des Serviceangebotes geführt.

Die Möglichkeit der Terminvereinbarung wird zunehmend positiv genutzt. Die Quote der Terminkunden liegt im Verhältnis zu den Kunden, die zu den allgemeinen Öffnungszeiten ohne Termin kommen, bei zurzeit ca. 12 %.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit konnte erneut mit 61,9 % gegenüber den Vorjahren stabil gehalten werden.

Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2010	2011	2012
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	1503	1425	1.401
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	3.027	3.693	3.774
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	63	51	53
Freizügigkeitsbescheinigungen	257	278	230

Ab 2009 werden die Daten für das Ausländerwesen auf der Basis des Betriebsdatensystems der Fachanwendung PAULA GO erhoben.

	2010	2011	2012
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 2) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service; Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009	81,68 % 2)	78,47 %	75,9%

Terminmanagement

Aufgrund der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels im Jahr 2011 hat sich durch die gesetzlichen Vorgaben das Kundenaufkommen fast verdoppelt.

Trotz des erheblich höheren Kundenaufkommens ist es durch die Terminsteuerung gelungen die hohe Servicequalität beizubehalten.

Das Terminangebot konnte mit einem Zeitfenster von durchschnittlich ca. 7 bis 10 Arbeitstagen, auch in Zeiten besonders hoher Terminnachfrage gehalten werden. Notfälle wurden - nach wie vor - sofort bearbeitet.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist mit einer Quote von 75,9 % erneut gut.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Dirk Bakker, Tel. 42891-2500

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	9,25	9,12	8,00

Das elektronische Personenstandsregister (ePR) ist im Januar 2012 produktiv gesetzt worden. Damit haben sich die Arbeitsabläufe im Standesamt gewandelt. Die Beurkundung findet nun elektronisch statt und nicht mehr in Papierform. Jede Beurkundung kann nur noch mit einer sog. „qualifizierten elektronischen Signatur" abgeschlossen werden.
Die Herausforderung hier ist, dass diese Datensätze durch die Standesbeamten auch in 110 Jahren noch elektronisch lesbar und zu bearbeiten sein müssen.

Da seit 2009 die personenstandsrechtlichen Daten in der Form erhoben wurden, wie sie das ePR fordert, können die Daten, die seit dem 01.01.2009 erhoben worden sind über einen Transferclient in das ePR verschoben werden. Dies ist für Bergedorf 2012 abgeschlossen worden. Es stehen also alle Beurkundungen in Bergedorf seit dem 01.01.2009 elektronisch zur Verfügung.

Durch die Einführung des elektronischen Personenstandsregisters konnte die Versendung von Nachrichten im X-Personenstand-Format gestartet werden. Hier können Nachrichten generiert und elektronisch verschickt werden, die bislang in Papierform verschickt worden sind. Einige Nachrichtenempfänger sind bereits technisch in der Lage, die elektronischen Daten zu verarbeiten. Bis alle Informationsempfänger auf die standesamtliche technische Ebene gehoben sind, wird allerdings noch einige Zeit vergehen und bis dahin müssen die Mitteilungen weiterhin in analoger Form verschickt werden.

Die Mitarbeiterinnen konnten auch in 2012 an diversen Schulungen/Workshops teilnehmen, einige Team-basierte Veranstaltungen konnten die interne Struktur weiter festigen.

Die Neuorganisation der Sach- und Fachakten ist vernünftig auf den Weg gebracht und wird 2013 abgeschlossen werden können.

Auch 2012 sind Eheschließungen außerhalb des Standesamtes angeboten worden, die Nachfrage konnte aber auf Grund der Personalsituation nicht komplett bedient werden. Es fehlten zwei Standesbeamte.

Als besondere Eheschließungsdaten wurden angeboten: Valentinstag, der Schalttag im Februar und der 12.12.12. Die Nachfrage nach Eheschließungen an diesen besonderen Daten ist jedoch stark sinkend. Die Präsenz dieser Daten in der Öffentlichkeit ist ein künstlicher Effekt, der durch die Medien verursacht ist.

Auch 2012 wurde das Haus wieder saisonal dekoriert.

Die Eheschließungen/Lebenspartnerschaften im Bergedorfer Schloss waren regelmäßig gut nachgefragt.

	2010	2011	2012
Geburtsbeurkundungen	856	686	697
Davon mit Ausländerbeteiligung	210	175	201
Sterbefallbeurkundungen	940	943	900
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	6	5	Geburt 4 Sterbe 3
Anmeldungen der Eheschließung	722	616	602
Davon mit Ausländerbeteiligung	98	85	55
Eheschließungen	574	495	368
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	490	549	467

3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	167,54	171,55	186,84
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport, Kultur und Schule, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

Einführung

In vielerlei Hinsicht war das Berichtsjahr eher geprägt durch Reaktion auf Situationen oder Umsetzung politischer Vorgaben als durch aktive Gestaltung und Entwicklung eigener Vorhaben. Zwar führen Notwendigkeiten oder Zwänge häufig zu kreativen Ideen, aber ebenso häufig auch zu Überlastung und Resignation. Hier die Balance zu halten, bedurfte es Führungsqualitäten und zum Teil externer Unterstützung. So gelang es durchweg dennoch, eine gute Motivation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und konstruktive Mitwirkung zu erreichen.
So notwendig und einleuchtend die Schuldenbremse und Konsolidierungsmaßnahmen sind, so schwierig ist es auch, sie umzusetzen. Über das ganze Jahr wurden Wege gesucht, interne Zielvorgaben zu erreichen und bei Freien Trägern die 10%ige Kürzung bei den Rahmenzuweisungen Offene Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung umzusetzen oder mit der zu knappen Finanzierung der Bürgerhäusern klar zu kommen. Zugleich wurde der gesamte ASD im Zuge der Aufarbeitung des tragischen Todes des Pflegekinds Chantal auf den Prüfstand gestellt. Es wurden Verfahren geändert und zusätzliche Kontrollmechanismen geschaffen, die überwiegend das Jugendamt, aber am Rande auch das Gesundheitsamt betreffen. Hinzu kam das Roll out des Projekts JuS IT. Das neue System wurde ohne vorherige Pilotierung in allen ASDen nahezu zeitgleich eingeführt, so dass alle Hamburger Jugendämter mit denselben Fehlern und „Kinderkrankheiten" zu kämpfen und umfangreiche Schulungsmaßnahmen zu absolvieren hatten. Personalfluktuation und Einarbeitung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren zusätzlich zu bewältigen. Wenn dann noch die Umsteuerung in Neue Hilfen und Angebote und Netzwerkmanagement erfolgreich auf den Weg gebracht wurden, im Einzelfall gute Arbeit geleistet, auch sehr schwierige Fälle mit

Fingerspitzengefühl und Entschiedenheit bearbeitet wurden und „nichts passiert" ist, kann man der erbrachten Arbeitsleistung nur Hochachtung zollen.
Wie die Einzeldarstellungen belegen, hat es in fast allen Bereichen steigende Fallzahlen gegeben, die zusätzlich bewältigt werden mussten. Das ist überall ein Problem, aber in der Fachstelle für Wohnungslose besonders schwierig, weil der allgemeine Wohnungsmangel hinzu kommt.
In der Integrierten Stadtteilentwicklung hat es gute Fortschritte gegeben, wichtige Maßnahmen konnten auf den Weg gebracht werden; die Arbeitsbereiche Integration und Arbeitsmarkt kommen gut voran. Das Konzept Frühe Hilfen ist gemeinsam von Jugend- und Gesundheitsamt entwickelt worden und wird in Bergedorf (neben Harburg) als Pilotprojekt umgesetzt. Hinsichtlich des Themas Ganztagsschulentwicklung, Verhältnis Schule/Jugendhilfe, ganztägige Betreuung im Sozialraum sind in den Bildungskonferenzen gute Ansätze gefunden worden. Hier ist noch viel zu tun, bis es ein von allen getragenes gemeinsames Bildungsverständnis und in den Sozialräumen unter Beteiligung der Schulen ein Bildungs- und Betreuungsnetzwerk gibt, in dem alle, die es wünschen oder benötigen, ihren Platz finden.
Alle Fachämter des Dezernats sind ihrer Arbeit angewiesen auf Kooperationspartner einschließlich politischer Entscheidungsträger, auf Akteure in unterschiedlichen Netzwerken und ehrenamtlich Engagierte. Der Staat kann finanzielle Leistungen erbringen, im Einzelfall auch persönliche Hilfen und Rat geben, ansonsten aber sind seine Möglichkeiten begrenzt. Zu einem erfolgreichen Start in das Leben, dem Ausschöpfen der vorhandenen Potentiale und einer gelungenen Lebensgestaltung bedarf es eines Gemeinwesens und engagierter Bürger.

3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	47,13	52,48	53,61

Allgemeines

Das Fachamt Grundsicherung und Soziales / Soziales Dienstleistungszentrum gewährt Hilfen für nicht erwerbsfähige Personen, die ihren Lebensunterhalt wegen niedrigen oder fehlenden Einkommens nicht selbst bestreiten können sowie Grundsicherungsleistungen für Personen über 65 Jahre. Neben diesen Hilfen nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches XII werden auch Hilfen zur Gesundheit, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfen für behinderte Menschen, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Hilfen in anderen Lebenslagen und Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt. Bürgerinnen und Bürger sind auch dann im Sozialen Dienstleistungszentrum richtig, wenn sie Hilfen zur Sicherung ihrer Wohnung etwa bei Mietrückständen oder Räumungsklagen benötigen, einen Wohnberechtigungsschein nachfragen oder Wohngeld, Elterngeld oder Unterhaltssicherungsleistungen beanspruchen. Und auch bei allgemeinen Fragen zu Hilfen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit sind Betroffene und ihre Angehörigen bei unserem Pflegestützpunkt und der Seniorenberatung richtig.

Die Leistungen erfordern umfangreiche Beratung, Erläuterungen und Unterstützung bei der Antragstellung und nicht zuletzt intensive Prüfungen der Leistungsvoraussetzungen. Eine gute Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger ist dabei unabdingbar. Das gewährleistet der zentral gelegene Standort am Bahnhofsvorplatz. Allerdings gab es im vergangenen Jahr immer noch Probleme, den richtigen Eingang zu finden. Das betrifft insbesondere den Zugang zum Pflegestützpunkt und zur Seniorenberatung und Pflegefachkraft.

Der Empfang ist erste und zentrale Anlaufstelle des Sozialen Dienstleistungszentrums. Über 33.000 Kunden haben hier Unterlagen abgegeben, erste Informationen oder Beratungstermine erhalten oder wurden direkt zu den sogenannten Schnellschaltern vermittelt.

Wie schon im Vorjahr wurden allein in den drei größten Leistungsbereichen knapp 17.000 Bürgerinnen und Bürger sofort und ohne Terminvergabe bedient. Dabei betrug die durchschnittliche Wartezeit bei Wohngeld und Wohnberechtigungsbescheinigungen weniger als 5 Minuten, im Sozialhilfebereich weniger als 7 Minuten.

Bildung und Teilhabe

Mit Urteil vom 9.2.2010 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem Gesetzgeber aufgegeben, die Regelbedarfe nach den Sozialgesetzbüchern II und XII neu zu bemessen und dabei den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Stellenwert beizumessen. Der Zielsetzung, allen bedürftigen Kindern die Teilnahme an Aktivitäten und Zugang zu Bildung zu ermöglichen, ist bereits 2011 umgesetzt worden. Seither werden die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) als eigenständige Bedarfe neben dem Regelbedarf anerkannt, um durch zielgerichtete Leistungen eine stärkere Integration bedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft zu erreichen und die materielle Basis für Chancengerechtigkeit herzustellen. Im März 2012 hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration einen Zwischenbericht zur Evaluation herausgegeben. Im Vergleich zum Beginn der Umsetzung wurden die BuT-Leistungen immer mehr in Anspruch genommen. Die Ergebnisse zeigten aber auch eine sehr unterschiedliche Inanspruchnahme, die je nach Leistungssegment zwischen 5 % (eintägige Kita-Ausflüge) und 93 % (Schulbedarfspaket) lag. Mitte Januar 2012 hat fast jedes 6. potentiell leistungsberechtigte Kind eine Aktivität im soziokulturellen Bereich in seiner Freizeit wahrgenommen, ganz überwiegend im Sportbereich.

Um die Inanspruchnahme der BuT-Leistungen zu erhöhen, sind alle Empfänger von Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII sowie alle Wohngeld-Empfänger erneut angeschrieben worden. Informationsblätter liegen in mehreren Sprachen in allen Sozialen Dienstleistungszentren aus und werden in Beratungsgesprächen auch gezielt ausgehändigt.

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Regelungen zu den Geldleistungen nach § 3 AsylbLG sind mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG nicht vereinbar. Die Höhe der Geldleistungen nach § 3 AsylbLG ist evident unzureichend, weil sie seit 1993 nicht verändert worden ist. Das hat das BVerfG in seinem Urteil vom 18.07.2012 entschieden.

Das Urteil verpflichtet den Gesetzgeber, eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu treffen. Bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung hat das BVerfG eine Übergangsregelung angeordnet. In dieser Übergangsregelung wurden die Regelbedarfsstufen erhöht und den Regelsätzen nach SGB XII angeglichen. Da zunächst die Leistungshöhe zu ermitteln und die technischen Voraussetzungen zu schaffen waren, wurden die höheren Leistungen erst ab September zur Auszahlung gebracht, dann allerdings einschließlich der Nachzahlungen für Juli und August.

Seit dem 1.07.2012 müssen Empfänger von Grundleistungen nach dem AsylbLG in Hamburg keinen Krankenschein mehr beantragen. Sie werden mit einer Versichertenkarte ausgestattet und von der AOK Bremen/Bremerhaven versorgt.

Damit waren in sehr kurzem zeitlichem Abstand gleich zwei wesentliche Neuerungen für die über 800 Leistungsempfänger nach dem AsylbLG vorzubereiten und umzusetzen. Und das ist pünktlich und zuverlässig erfolgt.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Die Zahl der Empfänger von Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist weiter gestiegen: Gegenüber 2011 um rund 300 Fälle, gegenüber 2009 sogar um knapp 700 Fälle. Der Zuwachs resultiert vor allem aus der demografischen Entwicklung. Hinzu kommen diejenigen, die aufgrund von Erwerbsunfähigkeit aus dem Rechtskreis des SGB II in den Bezug von Leistungen nach den Kapiteln 3 und 4 SGB

XII wechseln und schließlich wirken sich die gestiegenen Zuwandererzahlen auch in Bergedorf aus.

Zum 1. April 2012 sind neue Miethöchstwerte für Empfänger von Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII in Kraft getreten. Mit der Anpassung der Höchstwerte an den Mietenspiegel 2011 soll das Angebot an potenziell verfügbarem Wohnraum für Transferleistungsempfänger erweitert und ihre Benachteiligung auf dem zunehmend teurer werdenden Wohnungsmarkt verhindert werden. Für jede Haushaltsgröße gibt es einheitliche Höchstwerte. Die bisherige Aufteilung nach Baualtersklassen ist entfallen. Sofern die auf einen Haushalt anwendbaren Höchstwerte nach Anpassung an den Mietenspiegel 2011 gesunken sind, besteht für die betroffenen Leistungsberechtigten Bestandsschutz.

Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt

Zwei Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes haben die umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen zur Pflegeberaterin nach § 7a SGB XI bereits erfolgreich abgeschlossen. Die Anzahl der Beratungsgespräche und die Anzahl der Hausbesuche konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Mehr als 1.300 ältere oder pflegebedürftige Menschen oder ihre Angehörigen haben das Beratungsgespräch gesucht, in knapp 350 Anliegen sind Hausbesuche durchgeführt worden.

Das Projekt Pflegefachkraft in der Bedarfsfeststellung war erfolgreich. So ist es gelungen, eine Verstetigung zu erreichen und die Pflegefachkraft ab 1.07.2012 fest zu übernehmen. Die Pflegefachkraft unterstützt die Seniorenberatung in bewährter Weise bei der Feststellung des pflegerischen Bedarfs, der Einstufung in eine Pflegestufe bei nicht pflegeversicherten Personen, der Anregung einer Höherstufung, der Aufdeckung von Mängeln in der pflegerischen Versorgung und vielen anderen Angelegenheiten mehr.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Der Wortlaut früherer Tätigkeitsberichte könnte wiederholt werden, denn an der Schwierigkeit, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden, hat sich noch nichts geändert. Der Vertrag für Hamburg und das Bündnis für das Wohnen weisen in die richtige Richtung, tragen aber noch nicht zur Entspannung bei. Die Anzahl erteilter Dringlichkeitsscheine hat erneut einen Höchststand erreicht und ebenso leider auch die Anzahl der unversorgt gebliebenen Haushalte. Die größte Gruppe bilden Personen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind sowie kranke oder behinderte oder ältere Personen.

Zur Verbesserung der Lebenssituation wohnungsloser Menschen und zur Überwindung der Obdach- oder Wohnungslosigkeit hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, den Bezirken, fördern & wohnen und Vertretern der Wohnungslosenhilfe das Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg entwickelt. In einem dreijährigen Prozess bis 2015 sollen konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, entwickelt und möglichst auch schon umgesetzt werden. Manche davon sind bereits auf einem guten Weg. So wurde beispielsweise in der Wohnunterkunft Achterdwars im Herbst 2012 eine sog. Schwerpunktpraxis zur Verbesserung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen eingerichtet.

In der öffentlichen Unterbringung hat sich die Situation im Laufe des Jahres 2012 weiter verschärft, überwiegend durch die Zunahme an Asylbewerbern. Die Wohnunterkunft am Curslacker Neuer Deich wurde um 100 Plätze erweitert. Die entsprechende Planung stammt bereits aus dem Vorjahr. Im 2. Halbjahr wurde die Suche nach geeigneten Flächen für weitere Unterkünfte noch intensiviert. Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle musste erstmals seit vielen Jahren vorübergehend auf eine Hotelunterbringung ausweichen. Die Wohnunterkünfte waren voll und konnten die betroffenen Familien mit Kindern bzw. Müttern mit Kindern nicht sofort aufnehmen.

Wohngeld

Seit März 2011 werden Bußgeldverfahren durchgeführt, wenn Angaben unrichtig, unvollständig oder verspätet vorgenommen worden sind und deshalb Wohngeld überzahlt wurde. Bei insgesamt rund 200 Überzahlungsfällen sind 25 Bußgeldverfahren im Jahr 2012 durchgeführt worden.

Elterngeld

Der Bundesrechnungshof hat erstmals seit Einführung des Elterngeldes einen Datenabgleich zwischen Empfängern von Elterngeld in Hamburg und den Daten einer geringfügigen Beschäftigung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Minijobzentrale) durchgeführt. Wer Elterngeld beziehen möchte, muss ggf. eine geringfügige Beschäftigung angeben, auch wenn sich ein Minijob nicht immer auf die Höhe des Elterngeldes auswirkt.

In 69 von 91 geprüften Datensätzen war die geringfügige Beschäftigung nicht angezeigt worden, in 22 Fällen sind Überzahlungen entstanden. Insgesamt hat die Elterngeldstelle knapp 10.000 Euro zurückgefordert.

Unterhaltssicherung

Schon 2011 hatte sich das Wehrrechtsänderungsgesetz unmittelbar auf diesen Leistungsbereich ausgewirkt, der in Bergedorf zentral für ganz Hamburg bearbeitet wird. Grundwehrdienst und Zivildienst sind Geschichte. Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) für diese Personen sind es auch. Sie haben 2010 und früher rund zwei Drittel der Fallzahlen ausgemacht.

Seit 2012 erhalten ausschließlich Wehrübende laufende und einmalige Leistungen nach dem USG. Die Anzahl der Wehrübenden hat sich gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich verändert (2010: 534 Anträge; 2011: 511 Anträge; 2012: 515 Anträge).

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	31,61	32,01	31,37

Das Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für die Jugendhilfe- und Sozialplanung, die Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, Seniorenarbeit, Förderung des Ehrenamtes, Integration von Zuwanderern, Stadtteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Sportförderung und die sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.
Äußerst schwierig gestaltete sich 2012 die Finanzierung der insgesamt 4 Bürgerhäuser im Bezirk. Die Bezirksversammlung stellte für diesen Arbeitsbereich zusätzliche Mittel aus dem Quartiersfond zur Verfügung, um Angebotseinschränkungen, die durch die Kürzung von Arbeitsgelegenheiten entstanden sind, zu kompensieren.
Mit der 2010 eingeleiteten Bildungsreform der ganztägigen Bildung und Betreuung ist eine stärkere Öffnung der Schulen in den Sozialraum und damit die notwendige engere Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern verbunden. Das Fachamt begleitet diesen Prozess intensiv. Eine neue Aufgabe stellt darüber hinaus die Integration des Querschnittsthemas Bildung in die integrierte Sozialraumplanung dar.

Der Ausbau von Sozialräumlichen Angeboten und Hilfen –SHA- im Jahr 2012 mit dem Ziel, eine weitere Kostenexplosion im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu verhindern, ging einher mit Einsparvorgaben im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung in der Größenordnung von 10 %. Dies löste eine breite fachpolitische Debatte aus und führte dazu, dass erst kurz vor Jahresende 2012 Einvernehmen zur entsprechenden Mittelverteilung erzielt werden konnte. Insgesamt konnten die Einsparvorgaben durch Struktur- und Angebotsanpassungen ohne besondere Angebotseinschränkungen umgesetzt werden.
Die Durchführung zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste, Informationsveranstaltungen, Preisverleihungen und Ehrungen sowie die Durchführung von Ferienfreizeiten bildeten 2012 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

3.2.1

SR 1: Integrierte Stadtteilentwicklung

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl

In 2012 erfolgte die Weiterentwicklung des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) einschließlich der vom Senat am 10. Juli 2012 beschlossenen Globalrichtlinie. Dies ist nun die Grundlage für die Arbeit in den drei Bergedorfer RISE-Gebieten Lohbrügge-Ost, Bergedorf-Süd und seit September 2012 Neuallermöhe.

Die Gebietsentwicklung Lohbrügge-Ost stand unter den fachlichen Leitzielen:

- Integration durch Begegnung der Bürgerinnen und Bürger
- Belebung und Entwicklung des Lohbrügger Stadtteilzentrums (Alte Holstenstraße mit Lohbrügger Markt)
- Verbesserung der Bildung und Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Aufwertung des Wohnumfeldes und öffentlichen Raums
- Stärkung der Familienfreundlichkeit des Stadtteils

Im August wurde von der Gebietsentwicklung Lohbrügge-Ost mit Akteuren aus dem Stadtteil ein *workshop* durchgeführt, um Zwischenbilanz zu ziehen und neue Impulse für den weiteren Prozess zu geben.
Um die genannten Ziele weiter zu erreichen, wurden in 2012 bewährte Projekte fortgeführt (z.B. die *Kompetenzagentur* zur Beratung und Unterstützung von Jugendlichen bei der Berufswahl; das Projekt *Integration durch Bildung* zur Förderung der Bildungschancen von Kindern; der *Elterntreff* am Billebogen zur Förderung von Nachbarschaften im Wohngebiet, das *Projekt 1001-Chance* zur Förderung von migrantischen Frauen, etc.) und neue kamen hinzu. Das *Kinder- und Kulturhaus (KiKu)* hat seine Arbeit zur kulturellen und sprachlichen Bildung von Kindern in den neuen Räumen des ehemaligen Spectrums am Lohbrügger Markt aufgenommen und das *Haus Bruegge* konnte dank der gewährten Überbrückungsmittel aus dem RISE-Programm seine Arbeit uneingeschränkt fortführen.
Die Kita Regenbogen baute mit Unterstützung des RISE-Programms einen *Außenspielplatz* und weihte diesen festlich im Januar ein. Das *Projekt Lesemäuse* an der Schule Max-Eichholz-Ring hat mit der neuen Bibliothek im Herbst 2012 sein Angebot für Grundschüler und Vorschüler ausgeweitet. Noch im November konnte der neue *Kunstrasenplatz* des VfL Lohbrügge der Öffentlichkeit übergeben werden.
Die ursprünglich für 2012 geplanten Umbaumaßnahmen des *Lohbrügger Marktes* wurden auf 2013/14 verschoben; die *Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes* auf der Lohbrügger Seite und die *Johann Meyer-Straße* wurden fertig gestellt.
Die Planungen zur Umgestaltung der *Fußgängerzone Alte Holstenstraße* wurden begonnen und in einer öffentlichen Veranstaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt.

Das erstmalig im Juni 2012 veranstaltete *Fest der Kulturen* im Leuschnerpark im Rahmen der 800-Jahr-Feier von Bergedorf aktivierte viele Künstlergruppen und stieß auf große Resonanz.

Seit 15. Februar 2011 ist Bergedorf-Süd als RISE-Fördergebiet im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" aufgenommen. In 2012 wurde die EU-Ausschreibung für die Gebietsentwicklung abgeschlossen und führte zur Beauftragung der *steg* Hamburg GmbH ab September 2012. Als Gebietsentwicklerin wurde Frau Kayser benannt; ihre ersten Aufgaben bestanden darin, ein Stadtteilbüro im Gebiet einzurichten sowie Beteiligungsstrukturen aufzubauen und die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Das Stadtteilbüro wurde am 30. November in der Bergedorfer Straße 158 eingeweiht.

Die im Zusammenhang mit den Sielbauarbeiten vorgenommenen Umgestaltungen der Straßen Neuer Weg, Rektor-Ritter-Straße, Hassestraße, Töpferhof und Töpfertwiete sind zu großen Teilen abgeschlossen.
Am 26. November wurde die Weihnachtsbeleuchtung feierlich eingeschaltet. Grundeigentümer, BID und Gewerbetreibende haben durch ihr Engagement die notwendigen Mittel für die Kofinanzierung bereitgestellt.
Im Mai 2012 ist Bergedorf-Süd als Pilotgebiet in das Förderprogramm Energetische Stadtsanierung aufgenommen worden. Eine von der BSU beauftragte Arbeitsgemeinschaft aus Energiefachplanern untersucht die CO 2-Einsparpotenziale im Gebiet und wird in der zweiten Jahreshälfte 2013 ein Konzept hierfür vorstellen. Im Anschluss an die Konzeptphase soll eine zweijährige Umsetzungsphase folgen, in der die Eigentümer bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen unterstützt werden sollen.

Zur Vorbereitung der Aufnahme von Neuallermöhe in das RISE-Förderprogramm wurde vom Bezirksamt Bergedorf die Durchführung einer Problem-Potenzial-Analyse (PPA) zum Gebiet Neuallermöhe in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind von der durchführenden Gesellschaft *steg* im Februar 2012 vorgelegt und am 15.3. 2012 dem Hauptausschuss vorgestellt und dort abgestimmt.

Auf Basis der Ergebnisse der PPA beschloss am 27.09.2012 die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau die Festlegung von Neuallermöhe als Fördergebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung.
Über die Ergebnisse der PPA und das weitere Vorgehen wurde regelmäßig auch in der Stadtteilkonferenz Neuallermöhe berichtet.
Mit Beschluss der Gebietsfestlegung wurde mit der europaweiten Ausschreibung des Gebietsentwicklers in einem Verhandlungsverfahren mit vorangehendem Teilnahmewettbewerb noch in 2012 begonnen.
Abstimmungen mit Trägern und Planung der ersten Starterprojekte, wie z.B. die Entwicklung des Internetauftritts von Neuallermöhe liefen parallel zum Ausschreibungsverfahren an.

Weiter fortgesetzt wurde der Aufbau der Controlling-Datenbank in enger Abstimmung mit der BSU und damit einhergehend der Aufbau von Kennzahlen und Zielkategorien. Die umfassende Controlling-Datenbank ermöglicht neben dem monetären auch ein fachliches Controlling der einzelnen Projekte und Maßnahmen der Gebietsentwicklung.

3.2.2. Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff

Im Berichtsjahr konnte das Fachamt Sozialraummanagement mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zahlreiche Projekte und Einrichtungen fördern. Es handelte sich dabei um

- Stadtteilkultureinrichtungen, Bürgerhäuser und kulturelle Projekte,
- Projekte der Erziehung in der Familie,
- Projekte der Seniorenarbeit und
- Projekte aus dem Bereich der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit".
-

Daneben wurden die Mittel für investive Maßnahmen in Einrichtungen der Jugendarbeit eingeworben und diverse Projekte der Bauunterhaltung umgesetzt. Des Weiteren stellte das Fachamt für die Projekte der "Sozialräumlichen Angebotsentwicklung" (SAE) und der „Sozialräumlichen Hilfen und Angebote" (SHA) die nötigen Verwaltungsressourcen bereit.
Neben dem spezifischen Thema Förderung von Projekten und Einrichtungen und der Zuarbeitung zum Haushalt 2013/2014, war die Abteilung wesentlich an der Erstellung des Jugendhilfeplanes 2012 beteiligt.

3.2.3. Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Abteilungsleiter: Frank Hüttmann, Tel. 42891-2484

Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2012 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII für Familien im gesamten Bezirk.

Sie bot Familien Unterstützung wenn:
- Eltern Fragen, Unsicherheiten oder Probleme in der Erziehung ihrer Kinder hatten oder sich überfordert fühlten,
- Eltern Auffälligkeiten im Verhalten oder in der Entwicklung ihres Kindes wahrnahmen,
- Eltern persönliche Probleme mit sich oder in ihrer Partnerschaft hatten,
- Eltern sich in einer Trennungs- oder Scheidungssituation befanden,
- Kinder/Jugendliche persönliche Probleme oder Konflikte mit Eltern, LehrerInnen oder FreundInnen hatten,
- MitarbeiterInnen anderer Einrichtungen Rat suchten zum Umgang mit ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen.

Für Menschen mit dringendem Beratungsbedarf wurde eine offene Sprechstunde ohne Anmeldung eingerichtet.
Ende März zog die EB in das Bunte Haus für Eltern und Kinder (Bergedorf West). Die Einbettung in andere Angebote war für die EB institutionell fruchtbar („kurze Wege") – z.B. bei der Anbindung von KlientInnen in der Elternschule oder Kooperationen mit den ambulanten HelferInnen des LEB.

Die Elternschulen in Bergedorf wurden 2012 auch räumlich im Bunten Haus für Familien und Kinder zusammengelegt (Ende März). Die neuen Räumlichkeiten sind größer und bieten die Möglichkeit, zwei Veranstaltungen zeitgleich stattfinden zu lassen.
Die Elternschule Bergedorf arbeitet präventiv. Sie förderte auch 2012 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereitete junge Menschen in der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.
Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern, sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten. Für Angebote der Elternschulen wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten. Der Internetauftritt der Elternschulen wurde regelmäßig aktualisiert.

Unter dem Titel „Elternschule aktuell" wurden seit Juni einmal monatlich abends kostenlos Vorträge/Workshops zu aktuellen pädagogischen Themen angeboten.
Eine weitere Neuerung war die Erstellung eines Newsletters und dessen regelmäßige Versendung (seit Oktober 2012) per E-Mail.
Ziel des Newsletters ist es, an den Beginn einzelner Veranstaltungen und Kurse hinzuweisen bzw. daran zu erinnern und den NutzerInnen das zweimal jährlich erscheinende Programm

auch als PDF Datei zur Verfügung zu stellen. Die Rückmeldungen der NutzerInnen zum Newsletter sind bisher sehr positiv.

Für die Erziehungsberatungsstelle und die Elternschule Bergedorf gilt, dass die neuen Räumlichkeiten von BesucherInnen sowie MitarbeiterInnen als deutliche Verbesserung erlebt werden („hell, freundlich, mehr Platz").

3.2.4. Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen eine wichtige Rolle. Sie sind für viele Kinder und Jugendliche tägliche Anlaufstation, die hier Aufmerksamkeit erhalten und ein offenes Ohr für ihre Anliegen finden. Neben der Arbeit mit Ziel- und Altersgruppen leisten die Häuser der Jugend und Spielhäuser eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie ergänzen die sozialpädagogische Versorgung der Kinder- und Jugendlichen, schaffen Vertrauen durch Erreichbarkeit und sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten beteiligt.
Mit der voran schreitenden Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen, stehen sämtliche Einrichtungen vor neuen Herausforderungen und meistern diese mit hoher Flexibilität und Veränderungsbereitschaft. Je nach Fortschritt müssen Öffnungszeiten angepasst und Programminhalte verändert werden. Die inhaltliche Neuausrichtung wird auch die Diskussion im folgenden Jahr bestimmen. Den jungen Menschen soll auch künftig ein Angebot zur Verfügung stehen, welches ihre Autonomie fördert und sie bei der Übernahme von Verantwortung unterstützt.

3.2.5. Sportangelegenheiten

Abteilungsleitung: Fred Osterhage

Im vergangenen Jahr konnte die Sportinfrastruktur im Bezirk weiter verbessert werden, indem auf der Wilhelm-Lindemann-Sportanlage in Kooperation mit der Aktiven Stadtteilentwicklung der alte Grand- in einen neuen Kunststoffrasenplatz umgebaut wurde. Damit verfügt der Bezirk Bergedorf nun mittlerweile über zwölf Kunststoffrasenplätze, wobei es sich um neun große Plätze und drei Kleinspielfelder handelt. Im Rahmen dieses Umbaus wurde die gesamte Sportanlage neu eingezäunt. Beim Bau einer neuen Trainingslichtanlage wurde der dort ansässige Sportverein fachlich begleitet.

Auf der Sportanlage Altengamme wurde die alte (und Spieler gefährdende) Stützwand am Kunststoffrasenplatz ausgebaut, um mit dem vorhandenen Material eine Zuschauertribüne zwischen dem Naturrasen- und dem Kunststoffrasenplatz zu errichten.

Im Billtal-Stadion erfolgte im Rahmen der Gewährleistungsfrist für die Kunststofflaufbahn eine Mängelrüge, was zu einer Instandsetzung im Jahr 2013 führen wird.

Auf der Sportanlage Sander Tannen wurden die Vereinshäuser des VfL Lohbrügge und des Sander Tennis Clubs zum Jahresende vom Bezirk übernommen. Ein Teil des STC-Vereinshauses wurde zu einer neuen Sportplatzwartloge umgebaut.

Auf den Sportanlagen Bergedorf-West und Nettelnburg wurden die vorhandenen Grandplatzdecken saniert.

Auf der Sportanlage Mittlerer Landweg wurde der dort ansässige Sportverein beim Bauantrag für zusätzliche Umkleidecontainer fachlich begleitet.

Der für die Sportanlage 2000 bestehende Betreuungsvertrag mit dem SVNA wurde aus Kostengründen zum Jahresende gekündigt. Damit einher geht die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit dem auf der Sportanlage wohnenden ehrenamtlichen Sportplatzwart.

Wie in den Vorjahren wurden auch 2012 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert, sowie die Ehrungen von über 270 Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen organisiert.

3.2.6. Sonstige Aufgaben

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Zuständigkeit: Regine Schilde, Tel. 42891 2272

Die Jugendhilfe- und Sozialplanung (Integrierte Sozialplanung) leistet einen planerischen Beitrag zur Verbesserung der Lebenslagen der in einem Bezirk lebenden Menschen. Deshalb werden auf den unterschiedlichen bezirklichen Ebenen wie Stadtteilen, Sozialräumen oder Planungsräumen die dort lebende Bevölkerung nach Alters- und Zielgruppen, z.B. in Bezug auf Bildung, Integration, Demografie, Wohnen, Wohnumfeld, Kultur, Sport und Einkommen dargestellt und analysiert. Die jeweilige Form der Berichterstattung ergibt sich aus den regionalen, politischen sowie planerischen Maßgaben und Bedarfen. Der Beschluss der Hamburger Bürgerschaft zur Absenkung der Haushaltsmittel im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vor dem Hintergrund der Ganztagsschulentwicklung sowie die Ausgestaltung der Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) erforderten im Jahr 2012 sowohl Bestandsaufnahmen und Beschreibungen der Angebotsstrukturen der Bergedorfer Jugendhilfe als auch bezirksspezifische Handlungsempfehlungen zur Umsetzung dieser Vorgaben in fachlicher Angemessenheit.
Generell konnten im Jahr 2012 zudem auf der Grundlage der verfügbaren Daten, Informationen und Analysen spezifische und fachübergreifende Fragestellungen beantwortet werden, beispielsweise zu Seniorenarbeit und demografischer Entwicklung oder zum Wohnungsbauentwicklungsprogramm.
Nach § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) sollen verbindliche Strukturen entwickelt werden, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an bezirklichen Vorhaben sicherzustellen. Auf der Grundlage eines Konzeptpapiers mit einer Bestandsaufnahme bisher erfolgter Partizipationsprojekte in Bergedorf wurde mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses die Organisation eines gemeinsamen Fachaustausches zu diesem Thema mit Bezirksverwaltung, Bezirkspolitik, der Jugendhilfe und anderen Akteuren vereinbart. Die im Jahr 2012 veranlassten Planungen und organisatorischen Vorarbeiten werden im April 2013 die Durchführung dieser Fachveranstaltung ermöglichen.

Ein regelhafter Arbeitsschwerpunkt in der Jugendhilfeplanung umfasst die Berichtswesen der Fachbehörde (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2012 für den Bezirk Bergedorf ausgewertet. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse wurden in die unterschiedlichen Fachplanungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienförderung und der Sozialräumlichen Angebote einbezogen.

3.2.7. Integration von Zuwanderern

Zuständigkeit: Jorge Birkner, Tel.: 42891-2385

Der 2. „Bergedorfer Dialog der Kulturen“ wurde auch in diesem Jahr wieder mit großem Erfolg im Spiegelsaal durchgeführt, mit rund 120 Teilnehmern. Das Thema war „interkulturelle

Elternarbeit". Bei der Planung, Organisation und Durchführung wurde im Sinne der Förderung der Teilhabe eng mit zahlreichen lokalen Migrantenselbstorganisationen (MSO) bzw. migrantischen Einzelpersonen / Kulturmittlern kooperiert. Dieses niedrigschwellige Beteiligungsverfahren hat dem neuen Veranstaltungsformat in den migrantischen Communities zu besonderer Integrität verholfen, die sich in der hohen Zahl migrantischer Teilnehmer niederschlug. Die Teilnehmer waren zu 70 Prozent Migranten. Auch eine Vielzahl von freien Trägern der Integrationsarbeit wurde aktiv eingebunden. Die im Strategiepapier für den Bezirk formulierten Ziele „Aktivierung & Beteiligung von Migranten" sowie „Foren schaffen für Begegnung, Dialog und Kooperation zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft" wurden mit dem neuen Format erreicht.

Auch im Rahmen der 2. „Bergedorfer Weltreise" (diesmal während der Hafenmeile) gelang es erneut, bei der Planung, Organisation und Durchführung zahlreiche Einwanderer und Einwandererorganisationen für Kooperationen zu gewinnen. Bergedorfer Migranten bzw. Migrantenselbstorganisationen aus diesmal sieben unterschiedlichen Herkunftsländern (im letzten Jahr sechs) gestalteten die „Weltreise" eigenverantwortlich und unter Koordinierung des Bezirksamtes. Besonders würdigungswert ist dabei das große Bürgerschaftliche Engagement, mit dem sich diese Migranten bei der „Weltreise" eingebracht haben.

Im Rahmen des Jubiläumsjahres „850 Jahre Bergedorf" fand eine Vielzahl von Veranstaltungen zu den Themen „Migration und Vielfalt" statt, an denen das Bezirksamt als Kooperationspartner mitwirkte. Als Organisatoren agierten hier meist migrantische Vereine (MSOs). Die interkulturelle Modenschau „850 Jahre und kein bisschen grau – Bergedorf ist bunt!" bspw. wurde von der ghanaischen, der türkischen und der afghanischen Gemeinde in Bergedorf in Kooperation mit dem Bezirksamt durchgeführt. Auch beim „Lohbrügger Konzert der Kulturen" wirkte das Bezirksamt im Rahmen der Planungen mit. Ferner war der Bezirk bei den Planungen und der Durchführung der Veranstaltung des „Hamburger Vereins der Deutschen aus Russland e.V." unter dem Titel „Bergedorf, Dich muss man lieben" beteiligt. Dies gilt ebenso für die begleitende Biografienausstellung „Wir sind Bergedorfer" des Vereins.

Eine Drogenpräventionsveranstaltung des alevitischen Vereins BAKM e.V. aus Bergedorf und der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. wurde ebenfalls in Kooperation mit dem Bezirksamt durchgeführt. Bei diesem zweisprachigen Format ging es vornehmlich darum, in den migrantischen Gemeinden für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Als Austragungsort für die Veranstaltung wurde bewusst Bergedorf-West (Pink Haus) gewählt.

Die Mehrzahl dieser Veranstaltungen folgte dem Ziel, dem Thema „Migration" und „multikulturelles Miteinander" mehr Öffentlichkeit zu geben, um Begegnung, Dialog und Kooperation zwischen Migranten und Nichtmigranten zu fördern sowie zum Abbau von Vorurteilen und zur interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft beizutragen.

Der Aufbau des neuen Bereichs „Migration und Vielfalt" auf www.bergedorf.de konnte Ende 2012 abgeschlossen werden. Ziel ist es hierbei, die Vielfalt in der heutigen Bergedorfer Bevölkerung auch auf solchen Plattformen abzubilden und die Themen „Migration und Vielfalt" positiv zu bespielen. Es ist aus diesem Grunde viel Bildmaterial von Bergedorfer Migranten eingepflegt worden. Auf der Seite werden u.a. neben demografischen Informationen zur Bergedorfer Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch Integrationsangebote der verschiedenen Träger in Bergedorf aufgelistet, Veranstaltungshinweise im Rahmen eines digitalen Kalenders, Informationen zu den vielfältigen migrantischen Gemeinden und Vereinen sowie zu bezirklichen Veranstaltungen zum Thema.

Auch die bezirkliche Initiative zur Implementierung von „Stadtteilführungen von Migranten für Migranten" ist 2012 entscheidend vorangekommen. Mit der Buhck-Stiftung und der Bergedorf-Bille-Stiftung konnten zwei sehr engagierte Geldgeber gewonnen werden. Das Kultur- und Geschichtskontor wurde als möglicher Kooperationspartner für die historischen Inhalte

eingebunden. Ziel dieser Initiative ist es, das bezirkliche Leitbild einer „gelebten Willkommenskultur" weiter zu manifestieren. Neben historischem Wissen werden die Führungen des Weiteren auch eine Vielzahl von praktischen Informationen für Migranten vorhalten, u.a. zu Behördengängen und Freizeitmöglichkeiten in Bergedorf.

Das Bezirksamt hat des Weiteren 2012 bereits in drei Fällen mit der Unterstützung zu Vereinsgründungen in Bergedorf begonnen: im Rahmen der Entstehung eines afrikanischen, eines afghanischen sowie eines lateinamerikanischen Vereins. Die Förderung von Vereinsgründungen soll die Selbsthilfepotenziale der Bergedorfer Migranten stärken bzw. aktivieren und ihre Teilhabemöglichkeiten im Bergedorfer Gemeinwesen erweitern.

3.2.8. Arbeitsmarktkoordination, Jugendberufsagentur

Zuständigkeit: Herr Eichhorn, Tel.: 42891-2943

Seit Juli 2012 ist in Bergedorf die neu geschaffene Stelle eines bezirklichen Arbeitsmarktkoordinators besetzt. Die Stelle ist bis April 2015 befristet. Der bezirkliche Arbeitsmarktkoordinator soll mit den im Bezirk vertretenen Standorten des Jobcenters, Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, AGH-Trägern und Anbieter anderer arbeitsmarktpolitischer und sozialintegrativer Maßmaßnahmen kooperieren mit dem Ziel, arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarfe für Zielgruppen in Abstimmung mit bezirklichen Stellen festzustellen und geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – auch über AGHs hinaus – zu identifizieren und die Akteure im Bezirk hierzu zu beraten sowie zu weiteren Kooperationen anzuregen. Ziel dabei ist, diese mit den im Stadtteil vorhandenen sozialen, stadtteilpolitischen, bildungspolitischen sowie weiteren Angeboten und Initiativen zu verknüpfen und somit in der Stadtteilstruktur zu verankern.

In den ersten Wochen wurden die Arbeit und die Person des bezirklichen Arbeitskoordinators bei den Akteuren im Bezirk bekannt gemacht. Hierzu wurden zahlreiche Termine verabredet; u.a. mit den Leitern der hiesigen Standorte der Agentur für Arbeit sowie des Jobcenters, Trägern, die im Bereich AGH-Maßnahmen, Übergang Schule-Beruf sowie berufliche (Re-)Integration aktiv sind und hier Angebote machen. Zudem wurden Stadtteilschulen, berufliche Schulen sowie Arbeitskreise und Arbeitsgruppen in den Stadtteilen besucht. Diese Treffen dienten auch dazu, erste Arbeitsschwerpunkte zu identifizieren.
Mittlerweile nimmt der Arbeitsmarktkoordinator regelmäßig am Netzwerktreffen des IMB sowie der AG SchuleWirtschaft teil. Außerdem konnte er den Arbeitskreis Integration beratend zur Seite stehen.
Parallel dazu erarbeitete der Arbeitsmarktkoordinator ein eigenes, erstes Arbeitsprogramm und startete seine Zusammenarbeit mit den Arbeitsmarktkoordinatorinnen der anderen sechs Bezirke.

Zudem wurde der bezirkliche Beirat des Jobcenters, bisher als ARGE-Beirat bekannt, vom Arbeitsmarktkoordinator neu organisiert. Er bereitete eine Sitzung des Beirates vor, warb neue Mitglieder und kommunizierte mit dem Zentralen Beirat des Jobcenters. Zudem vertrat der Arbeitsmarktkoordinator im Rahmen der Geschäftsführung des Beirates den Vorsitzenden in der Sitzung des Zentralen Beirates von Jobcenter team.arbeit.hamburg.
Weiterhin entwarf der Arbeitsmarktkoordinator ein Informationsangebot für die Internetseite bergedorf.de mit dem Schwerpunkt „Ausbildung und Arbeit". Anschließend machte sich der Arbeitskoordinator an die Umsetzung der Internetseiten. Zudem unterstützte er bei der Umsetzung des Online-Angebotes mit dem Thema „Migration und Vielfalt".
Mit dem Start der Pilot-Jugendberufsagenturen in den Bezirken Mitte und Harburg begann der Arbeitsmarktkoordinator die inhaltliche Vorbereitung der Eröffnung einer Jugendberufsagentur in Bergedorf. Dazu wurden mehrere Termine in der JBA Mitte sowie in Harburg wahrgenommen, um den dortigen Prozess begleiten zu können und wichtige Kontakte in der BASFI, dem HIBB sowie Akteuren vor Ort geknüpft.

Der Arbeitsmarktkoordinator beteiligte sich auf Seiten der Bezirke bei der Erstellung des operationellen Programmes für die ESF-Förderperiode 2014 - 2020. Ferner sammelte er Daten zu den aktiven ESF-Projekten sowie erste konkrete Projektideen.

3.2.9 Bezirkliches Bildungsmanagement

Zuständigkeit: Frau Ammonn

In 2012 wurden die erste Phase des Projektes „Lernen vor Ort" abgeschlossen und neue Schwerpunkte für die zweite und letzte Phase geplant bzw. weiterentwickelt:

Das Themenfeld „Demographischer Wandel" wurde mit Empfehlungen zu Beteiligungsverfahren für die Ermittlung von Lernbedarfen und Kompetenzen älterer Bürgerinnen und Bürger zu Ende gebracht.

Im Bereich des Themenfeldes Kulturelle Bildung wurde ein Praxisleitfaden zur Kooperation zwischen Schule und Kultureinrichtungen fertiggestellt.

In 2. Phase des Projektes, die im September 2012 begann, konzentriert sich die Arbeit auf die Handlungsfelder RBK-Weiterentwicklung, Bezirkliche Bildungsplanung und Bildungs-monitoring
Handlungsfeld RBK:
Eine RBK auf bezirklicher Ebene und vier Lokale Bildungskonferenzen haben zum Thema „Ganztägige Bildung und Betreuung im Stadtteil" getagt. Ergebnis: Die vertiefte gegenseitige Kenntnis von Jugendhilfe und Schulen ist nötig. Die vielen Netzwerke und Maßnahmen, die am Thema arbeiten, müssen bekannt sein und aufeinander abgestimmt werden. An einer Übersicht über die Netzwerke und Maßnahmen wird gearbeitet.
Akteure aus Schule, Jugendhilfe, ASD und ReBBZ tauschen sich über ihre jeweiligen Aufgaben, Arbeitsweisen und Strukturen aus, diskutieren über Kooperationsbedürfnisse und den gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag von Kita, Schule und Jugendhilfe mit dem Ziel, verbindliche Kooperationsstrukturen aufzubauen. Eine bezirkliche AG zur Verbindung der Reformen in der JH und der Ganztagschule ist eingerichtet.

Handlungsfeld Bezirklichen Bildungsplanung:
Die Möglichkeiten der Integration der bezirklichen Bildungsplanung in die Integrierte Sozialraumplanung werden eruiert; dabei wird auch die bezirkliche Bildungsplanung mit der RBK-Entwicklung verknüpft.

Handlungsfeld Bildungsmonitoring:
Die Vorarbeiten für das Bildungsportal Bergedorf wurden abgeschlossen, so dass das Portal Anfang 2013 freigeschaltet werden kann. Die Arbeiten am Konzept eines bezirklichen Bildungsberichts sind fortgesetzt worden.
Das Projekt LvO erarbeitet ein integriertes Modell zum Übergangsmanagement im frühkindlichen Bildungsbereich.

3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891 - 2300

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	59,84	63,59	73,48

Übergreifende Planung und Steuerung

Zu Beginn des Jahres 2012 war die Tragödie des verstorbenen Pflegekindes Chantal im Jugendamt vorherrschendes Thema und beeinflusste auch danach deutlich das Tagesgeschehen. Im Mai wurde die Jugendhilfesoftware „JUS IT" eingeführt. Während des laufenden Dienstbetriebes war dieses eine ganz besondere Herausforderung.
Für das Fachamt standen u.a. folgende Themen im Vordergrund:

- Pflegekinderdienst: Prüfung aller Pflegeverhältnisse und Einführung einer Fachanweisung
- ASD: Einführung von JUS IT für den ASD und die Wirtschaftliche Jugendhilfe
- ASD: Einführung der Sozialpädagogischen Diagnostik als neues Merkmal eines Qualitätsmanagementsystems.
- KTB: Einführung des Rechtsanspruches für 2 jährige Kinder in Kita und Tagespflege mit gleichzeitig neuer Fachanweisung.
- KTB: Trotz Einführung von Ganztagsschulen Ausstellung von ca. 13.500 Gutscheinen für Kitas und Tagespflege.
- ASD: Ausbau von sozialräumlichen Angeboten und neuen Projekten.
- Amtsvormundschaft: Umsetzung des neuen Betreuungsrechtes zur persönlichen Betreuung von Mündeln.
- JA insgesamt: Einführung des neuen Kinderschutzgesetzes.
- Hamburger Landeskonzept „Frühe Hilfen".

Der zentrale Empfang des Jugendamtes, der täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr geöffnet ist und eine Abendsprechstunde donnerstags bis 18.00 Uhr vorhält, hat sich als bürgerfreundlich bewährt, wobei auch Termine vergeben werden können.

Die Arbeit in Krisensituationen ist leider auch von Schattenseiten begleitet: auf einer internen Statistik wurden insgesamt 20 Bedrohungen und Beleidigungen des Personals gezählt.

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) befindet sich weiterhin in einem umfassenden Umstrukturierungsprozess.

Ziel des ASD ist es, mit möglichst passgenauen Hilfen dem Bedarf von jungen Menschen, die einen Schutz- und Unterstützungsanspruch gegenüber dem Staat haben, gerecht zu werden. Angestrebt werden damit eine Verbesserung der Versorgung von Familien und Jugendlichen im Jugendhilfebereich und eine Konsolidierung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung.
Hierbei wurden auch Projekte konzipiert, die eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas vorsehen.
Ein Hamburg weites Berichtswesen wurde unter maßgeblicher Bergedorfer Beteiligung entwickelt und soll ab Januar 2013 verbindlich von den Trägern bedient werden. Zur Einführung hat ein Workshop gemeinsam mit der BASFI im Dezember stattgefunden.

Der ASD hatte in 2011 und 2012 auf fast allen Positionen Personalwechsel zu verkraften.
Dieses stellte die Organisation sowie die Arbeitsfähigkeit des ASD vor eine schwierige Situation, deren endgültige Lösung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Obwohl von den neuen Anliegen und Meldungen, die im Eingangsmanagement bearbeitet wurden, nur ca. 20 % weitergeleitet werden mussten, gab es dennoch wegen der Schwierigkeit dieser Fälle eine Steigerung an Hilfen zur Erziehung mit einem Ausgabevolumen von ca. 20,8 Mio.

Erhebliche Kapazitäten des ASD und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe hat die Vorbereitung und Einführung der neuen EDV Software JUS IT gebunden, die nach mehrmaliger Verschiebung im Mai 2012 in den Echtbetrieb ging.

Koordinatorin für Kinderschutz

Die Fachberatung in Kinderschutzfragen für Kinderschutzfachkräfte im Bezirksamt und freier Träger, Kitas und Schulen sowie das Vorstellen des Arbeitsbereiches ASD und des Kinderschutzes für Beratungslehrer des Bezirkes wurde weitergeführt.
Die Begleitung der Fallzuständigen Fachkräfte des ASD bei Kriseninterventionen, bei gerichtsanhängigen Verfahren sowie bei Inobhutnahmen und Gesprächen mit Sorgeberechtigten wurde umgesetzt.
Auch in 2012 war die Koordinatorin für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen des ASD zuständig. Damit verbunden ist die gesamte Planung, Koordination und wöchentliche Einarbeitung.
Überregional wurde am Jahresbericht Kinderschutz der Bezirksämter und der Durchführung eines Fachtages für Kinderschutzfachkräfte im Dezember 2012 mitgewirkt.
Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr am Runden Tisch zur Stärkung des Kinderschutzes, dem Arbeitskreis postnatale Schwangerschaftsdepression und der Bezirklichen Fachkommission sowie am neuen Hamburger Konzept zur Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen im ASD teilgenommen.

Der bezirkliche Qualitätszirkel für die Sozialpädagogische Diagnostik wird von der Koordinatorin federführend durchgeführt.
Im Dezember fand eine Veranstaltung der Koordinatoren für Kinderschutz und des KISZ (Kinderschutzzentrum) für Hamburger Kinderschutzfachkräfte statt zum Thema: Was hilft, wenn nichts mehr hilft? Methoden gelingender Arbeit bei Familien- und Helferkrisen.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Die Restrukturierung der ASD-Abteilungen wurde in 2012 durch einen Teamentwicklungsprozess unterstützt, der 2013 fortgeführt werden soll.

Ab April 2012 erfolgte die Schulung sämtlicher Mitarbeiter in Sozialpädagogischer Diagnostik und die Einführung dieses Instrumentariums im Rahmen des Kinderschutzes. Die Schulung und Einführung der Diagnostikinstrumente wird sich noch in 2013 hinziehen.

Die umfänglichen Präsenzzeiten werden von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern sehr positiv angenommen. Für den Arbeitsalltag der Mitarbeiter werden diese oftmals zur persönlichen und strukturellen Herausforderung. Dennoch läuft die Kundensteuerung im neuen DLZ zufriedenstellend.

Die Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht stark verändert.
Das Angebot für Kurzberatungen konnte deutlich ausgeweitet werden, die Neuanliegen werden zu über 80% abschließend bearbeitet.

Im Eingangsmanagement wie im Fallmanagement findet das Instrument der kollegialen Beratung Anwendung. Hinzu kommt die regelhafte Sozialpädagogische Ersteinschätzung im Zusammenwirken verschiedener Fachkräfte.

Im Jahre 2012 wurden **2.381** neue Anliegen bearbeitet.

Alle Abteilungen des ASD setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige kollegiale Beratung, Praxisberatung/Supervision, interne Fortbildungen, fachlichen Austausch und fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung fort.

Um die sozialräumlichen Orientierung der Arbeit zu verstärken, wurden Begleiter für die Sozialraumprojekte benannt und gemeinsam mit den Trägern der Projekte am 28.11.2012 ein Fachtag durchgeführt.

Im Bereich der Hilfen nach § 35a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) wurden die fachlichen Zuständigkeiten für Schulbegleitungen an die Schulbehörde abgegeben. Allerdings ist die Wirtschaftliche Jugendhilfe des Jugendamtes weiterhin für die Umsetzung zuständig. Ambulante Therapien für z.B. Lese-Rechtschreib-Schwäche sind weiterhin auf hohem Niveau.

Projekte

ESF-Projekt Jugend Aktiv: Im Januar 2012 erfolgte unter Federführung der Lawaetz-Stiftung im Interessenbekundungsverfahren die Auswahl des regionalen Kooperationspartners Internationaler Bund. Das Projekt hat seine Arbeit aufgenommen, und konnte in der kurzen Zeit schon erste Erfolge in der Vermittlung von Jugendlichen in Arbeitsmaßnahmen vorweisen.

Die Umsetzung des Hamburger Landeskonzeptes Netzwerk Frühe Hilfen ist konzeptionell für Bergedorf entwickelt und erste Gelder sind für die Familienhebammen Ende Dezember 2012 zugewiesen worden. In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe (zukünftig auch für Vier- und Marschlande) ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West (zukünftig auch für Kern) ist das Projekt Nestlotsen vertreten.

In **Bergedorf Kern** ist der Träger Familienhelden mit dem Beratungsprojekt Kernkontor zugleich zuständig für das Handlungsfeld Gewaltprävention im Kindesalter für ganz Bergedorf sowie für das Handlungsfeld Frühe Hilfen/Eltern-AG.
Das Kita- Projekt NeWiS – Neue Wege – mit dem Träger HaKiJu wurde in 2012 erfolgreich installiert, ebenso das Zirkusprojekt AZiBa.

In **Lohbrügge** ist der LEB geschäftsführender Träger. Er besetzt zugleich selbst mit einem Projekt Integrierte Kinder-und Familienhilfe das Handlungsfeld Familienförderung. Das Projekt ist gut angelaufen und soll verstärkt werden. Für das Handlungsfeld Schule/Kita hat der Träger MIKO das Schulprojekt Trainingsraum in der Stadtteilschule Richard-Linde-Weg installiert.
Am Kinder-und Familienzentrum ist ein Angebot für suchtbelastete Familien entstanden.
Im Projekt „Integration durch Bildung" in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und Rebus konnte die Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett vertieft werden.

In **Neuallermöhe** sind weiterhin **zwei** geschäftsführende Träger eingesetzt:

1. Das DRK mit Kooperationspartner mittendrin und dem Projekt *ISA* decken das Handlungsfeld Familienförderung und Frühe Hilfen schwerpunktmäßig ab.
2. Der Träger Sprungbrett e.V. bearbeitet mit den Kooperationspartnern IB und HaKiJu mit den Projekten *commit* und *Bewegte Zauberinsel* schwerpunktmäßig das Thema Familienförderung, Sozialberatung und Schule.

Das gemeinsame Steuerungsgremium tagte regelmäßig zweimonatlich, wobei ASD und die Träger der Projekte gemeinsam die Qualität und die Zielrichtung der Angebote überprüfen. Hier ist auch das Fachamt Sozialraummanagement mit eingebunden.

Projekt SHA/ASD
„SHA intern" (SHA/ASD) arbeitet mit Familien in Multiproblemlagen. Die Arbeit schließt die akute Krisenintervention in Kinderschutzfällen oder eine Begleitung in der aktuellen Lebenssituation ein. Die Dauer der Unterstützung durch den ASD-Mitarbeiter beträgt ca. ein halbes Jahr, in dem die Hilfe entweder erfolgreich abgeschlossen werden kann oder anschließend eine Vermittlung in sozialräumliche Hilfsangebote erfolgt.

Gewaltprävention im Kindesalter
Diese Aufgabe hat für Bergedorf weiterhin Bestand und ist zusätzlich für gemeinsame Falleinschätzungen in den ASD eingebunden (Schwerpunkt: Gewaltauffälligkeiten bei Kindern). Neben der Planung und Begleitung von verschiedenen Präventionsmaßnahmen wurden auch weiter Einzelfälle bearbeitet. Die engagierte Fallarbeit (Kinder, Eltern und Lehrer/Erzieher) führt zu einer qualifizierten Diagnostik und in der Folge zu passgenauen Unterstützungsangeboten.

Die präventive Beratung und die Beratung zur Krisenintervention von Schulen und Kitas wurden vermehrt eingefordert und sind weiterhin ausbaufähig.

Angebotsberatung
Die Angebotsberatung des ASD für stationäre Hilfen zur Erziehung hat weiterhin mit Hamburger/Bergedorfer Trägern an der Entwicklung von Angeboten für stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche gearbeitet. Hierzu findet ein regelmäßiger Fachaustausch statt.

Aufgabe der Angebotsberatung ist es, in Fällen von stationärer Unterbringung eine für das Kind passende Einrichtung zu finden und vorrangig die Unterbringung in Pflegefamilien zu prüfen. Es wird möglichst auf Angebote Hamburger Träger zurückgegriffen.

Durchschnittsfallzahlen	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	288	274	283
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	123	139	129
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	235	255	265
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII)	72	90	66
Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€	18.329	19.330	20.800

Pflegekinderdienst

Zu Beginn des Jahres 2012 hat der Todesfall eines Pflegekindes in Hamburg die Überprüfung aller Pflegestellen notwendig gemacht. In Bergedorf wurde hierbei tatkräftig und konstruktiv vom Pflegekinderdienst, dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) und den Abteilungen Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), Amtsvormünder (AV) und dem Rechtsamt zusammengearbeitet.
Die kurzfristige Veränderung der Bestimmungen für Pflegestellen durch die BASFI (vorläufige Fachanweisung) hat den PKD bis in die zweite Jahreshälfte durch zusätzliche Arbeitsaufträge (z.B. aktuelles Erweitertes Führungszeugnis) beschäftigt.
Die Zahl der zu betreuenden Pflegeverhältnisse ist weiterhin, auch in den betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen, relativ konstant. Es gibt aber noch immer keine bedarfsdeckende Zahl von Bergedorfer Pflegestellen.
Die Gesamtzahl betrug am Ende des Jahres 147 Pflegekinder in 109 Pflegestellen.

Die Zusammenarbeit mit dem LEB in der Betreuung von Pflegefamilien gestaltet sich weiterhin positiv. Die Aufgabe der Eignungsprüfung von Pflegestellen wurde ausschließlich durch das Jugendamt anhand der Standards mit hoher Sorgfalt vorgenommen. Die Zahl der Pflegestellenbewerber in Bergedorf ist abnehmend.
Bei den Pflegeverhältnissen liegt der Anteil der Verwandtenpflege bei ca. 50 %.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Im Bereich der **Beistandschaften** wurde eine Vielzahl von Fällen einzelfallbezogen überprüft und nach der veränderten BGH-Rechtsprechung der Rechtslage angepasst.
Die Veränderungen in der für den Unterhalt maßgeblichen „Düsseldorfer Tabelle" zum 01.01.2013 hatten in diesem Jahr bereits umfangreiche Vorbereitungen ausgelöst.
Die familiengerichtlichen Verfahren wurden durch eine Rechtsreform verändert und hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Beratungen im Zusammenhang mit gerichtlichen Beteiligungen.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor sehr hohen Fallbelastung und der Integration gesetzlicher und rechtlicher Neuerungen konnte ein wesentlicher Abbau der hohen Arbeitsrückstände nicht erreicht werden.
Mit **993 Beurkundungen** wurde auch in diesem Jahr erneut eine erhebliche Steigerung in Höhe von 10,7% gegenüber dem Vorjahr verzeichnet.

Im Bereich der **Amtsvormundschaften** wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel gehalten. Die erheblich erweiterten gesetzlichen Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung mit einer Obergrenze an Fallbelastung und regelmäßigen Hausbesuchen hat allerdings zu erheblichen Belastungen geführt. Dafür gab es Personalverstärkung, die bis April 2012 umgesetzt wurde.
Begleitet wurden diese Umstände durch ein kontinuierliches Anwachsen der Fallzahl im Bereich von Vormundschaften.
Mit über 200 laufenden Fällen zum Jahreswechsel wurde erstmals diese Grenze überschritten.
Die nach wie vor **sehr hohe Gesamtfallzahl in allen Tätigkeitsfeldern** der Abteilung spiegelt den gesellschaftlichen Bedarf wider. Sich verschärfende Konfliktlagen, Kinderschutzüberlegungen und gestiegene Erwartungen an die Rolle und praktische Ausübung der Vormundschaften im Sinne von Kinderschutz stellten eine besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder dar.

	2010	**2011**	**2012**
Anzahl der Amtsvormundschaften	146	179	205
Anzahl der Beistandschaften	1.742	1.790	1.744
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	870	897	993

Kindertagesbetreuung

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kita und Tagespflege. Die Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen, die Prüfung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Angebote, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und deren Vermittlung.
Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit für Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten.

Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen zum Jahresbeginn wieder gut gelungen.

In der Kindertagesbetreuung wurde eine neue Fachanweisung eingeführt, die seit 10.09.2012 gültig ist. Die größte Veränderung ist hier die Einführung des allgemeinen Rechtsanspruchs für Kinder ab 2 Jahren bis zum Schuleintritt.
Durch die Einführung der Ganztagsschule hat sich die Gesamtzahl der ausgestellten Gutscheine nur geringfügig reduziert.

Am 25.01.2012 fand eine gemeinsame Sitzung mit allen Kita-Leitungen Bergedorfs und der Abteilung Kindertagesbetreuung zum Austausch für eine bessere Zusammenarbeit erfolgreich statt.
Um den Kontakt zu den Kitas zu intensivieren, ist Ende des Jahres 2012 damit begonnen worden, einzelne Kitas zu besuchen. Diese Kontaktpflege verläuft positiv und wird fortgesetzt.
Da in allen Hamburger Bezirken die Anzahl der Tagespflegepersonen zurückgeht, ist eine zentrale Infoveranstaltung eingeführt worden, bei der sich alle Interessierte informieren können.
Anfang des Jahres 2012 ist der Hygieneleitfaden für Tagespflege überarbeitet und neu veröffentlicht worden.

Ende des Jahres konnten Regelungen für die Nutzung von Großtagespflegestellen zwischen der BASFI und den Bauämtern getroffen werden.

	2010	2011	2012
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege	15.363	14.870	13.585

Unterhaltsvorschuss

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.
Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.
Die Abteilung war in der Vergangenheit durch hohe Fluktuation geprägt. Aufgrund dieser Situation sind hohe Rückstände aufgelaufen und lange Bearbeitungszeiten entstanden.

Wegen mehrerer Personalwechsel in 2012 ist mit einem Abbau der Rückstände und der Verbesserung bei der Heranziehung in ansehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Die Rückholquote bei den Unterhaltspflichtigen von 10 % der Ausgaben wurde in 2012 aber dennoch erreicht.

	2010	2011	2012
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.200	1.269	1.355
Ausgaben nach dem UVG in T€	2.057	2.126	2.094
Einnahmen nach dem UVG in T€	191	237	226

3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	19,48	24,13	28,38

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Neuere Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Hervorzuheben aus der Arbeit des Gesundheitsamtes im Jahre 2012 sind:

- der Hamburger Gesundheitstag im November und
- der weiterhin immense Zuspruch der Mütterberatung.

Einzelheiten hierzu sind den Beiträgen der einzelnen Fachdienste zu entnehmen.

Die im Jahr 2008 begonnene **Integration** von Asklepios-Rückkehrern wurde fortgeführt. Von den ursprünglich aufgenommenen 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren Ende des Jahres 2012 noch 7 Krankenschwestern- und Pfleger im Gesundheitsamt in Projekten der Bereiche Schulärztlicher und Schulzahnärztlicher Dienst, in der Mütterberatung, der Gesundheitsaufsicht sowie beim Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7 tätig. Insgesamt konnten 5 Rückkehrerinnen auf feste Stellen übernommen werden.

Nach zwei Jahren im **neuen Dienstleistungszentrum** kann festgestellt werden, dass sich die Zusammenarbeit der Fachämter unter einem Dach deutlich verbessert hat. Dies trifft besonders auf die Bürogemeinschaft zu, in der die Fachstellen Wohn-Pflege-Aufsicht, Beratungsstelle für körperbehinderte Menschen, Seniorenberatung, Pflegefachdienst und Pflegestützpunkt gemeinsam untergebracht sind.

Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2012 fanden im Bezirk Bergedorf schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit und der Seniorengesundheit statt.

Die Bergedorfer Gesundheitsgespräche wurden weitergeführt. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park (HiP) und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden Veranstaltungen im HiP zu den Themen „*Ausgebrannt – oder Gesundheit neu denken?*“ und „*Altersbedingte Erkrankungen des Auges – Die Makuladegeneration*“ durchgeführt. Die

Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Das Gesundheitsgespräch „*Einfach etwas tüdelig – oder doch vielleicht dement?*“ fand im Rahmen der Themenwoche Demenz im HiP statt. Die Vernetzung von Bergedorfer Institutionen zu dem Thema wurde unterstützt.

Maßnahmen der Gesundheitsförderung und die Prävention gegen Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen wurden fortgeführt. In enger Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) in Hamburg wurden Broschüren über schulische und außerschulische Angebote im Bereich Ernährung, Bewegung & Entspannung für Kinder und Jugendliche sowie Informationen und Unterstützungsangebote für Eltern und Flyer mit Informationen für Lehrerinnen und Lehrer über Kooperationspartner, Präventions-und Therapieprogramme sowie Beratung und Hilfen in Bergedorf erstellt. Eine Studierende der HAW war als Praktikantin im KGFM maßgeblich an dem Projekt beteiligt.
Im Oktober fand unter dem Motto „*Hamburg steht für Hygiene, Infektionskrankheiten – wie kann ich mich schützen?*“ der 6. Hamburger Gesundheitstag statt. In Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) auf dem Campus Bergedorf gab es an Informationsständen Hygieneschulungen und Informationen zum Thema Hautschutz. Unter dem Thema „*Unter Verdacht: die Sprosse - EHEC in Hamburg*“ fand eine gemeinsame Vorlesung von Hochschule, niedergelassener Dialysepraxis und Gesundheitsamt statt. Insbesondere der Ansatz, ein Gesundheitsthema aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, stieß auf sehr positive Resonanz.

Nachmittags fand in den Räumen des Schulärztlichen Dienstes eine außerordentliche Impfsprechstunde statt. Das Angebot sich kostenfrei beraten und gegen Influenza impfen zu lassen, wurde überdurchschnittlich gut angenommen.

Die bezirks- und hamburgweite Netzwerkarbeit wurde weiter ausgebaut. Das Bezirksamt beteiligt sich am Pakt für Prävention „*Gesund alt werden & Gesund leben und arbeiten in Hamburg!*“.

Die Aktivitäten der Gesundheits- und Pflegekonferenz (GPK) Bergedorf wurden in der Dokumentation „*Gesundheits- und Pflegekonferenz Bergedorf 2007–2012, Kinder- und Jugendgesundheit, Gesundheit von Seniorinnen und Senioren, Analysen – Handlungsempfehlungen – Maßnahmen*“ veröffentlicht.

Der Runde Tisch *Leben und Wohnen im Alter in Bergedorf* wurde fortgesetzt.

Amtsärztliche Gutachten

Seit dem tragischen Tod eines Mädchens, das in Hamburg-Mitte von drogensubstituierten Pflegeeltern betreut wurde, werden alle Pflegeelternbewerber und deren Haushaltsangehörige über 14 Jahre amtsärztlich untersucht. Darüber hinaus wird im UKE ein Drogentest durchgeführt. Bergedorf ist nicht nur für Pflegeeltern zuständig, die im Bezirk wohnen, sondern auch für solche aus umliegenden Landkreisen.

Im Jahre 2012 wurden in Bergedorf bei 86 Pflegeelternbewerbern und deren Haushaltsangehörigen amtsärztliche Untersuchungen durchgeführt.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Anfang 2012 konnte die Arztstelle im Sozialpsychiatrischen Dienst wieder mit einer Ärztin besetzt werden.
Trotz eingeschränkter personeller Ressourcen und multipler Einarbeitungsphasen neuer Mitarbeiterinnen wurden 785 Klienten betreut.

Bei dem vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Deshalb hat hier **aufsuchende und motivierende Arbeit**, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Die **Diagnosen** der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen sind affektive Störungen, d. h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (23,4%), Suchterkrankungen bzw. Suchtfolgeerkrankungen (22,5%), neurotische Störungen (21,5%), schizophrene Störungen (18,8%) und Persönlichkeitsstörungen (13,5%) (Mehrfachnennungen). Bemerkenswert ist, dass die Anzahl der dementiellen Erkrankungen einen Anstieg um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr aufweisen.

Weiterhin werden Angehörigenberatungen und Beratungen des sozialen Umfeldes von psychisch kranken Menschen oftmals nachgefragt.

Neben der Beratung und Krisenintervention **begutachtet** der Sozialpsychiatrische Dienst für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 309 Stellungnahmen/Gutachten erstellt.

Durch eine Verfahrensänderung bezüglich des § 53 SGB XII (Zugehörigkeit zum Personenkreis der behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen) erhöhte sich der zeitliche Aufwand der entsprechenden Begutachtungen deutlich, da mehr Informationen im Begutachtungsformular abgefragt werden und zudem bei häufig nicht ausreichender vorausgehender Diagnostik nur wenige Stellungnahmen nach Aktenlage möglich sind.

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden regelmäßig Gruppentreffen für Betroffene angeboten.
Traditionell wöchentlich trifft sich am Montag der **Patientenclub** in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus finden einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug und eine externe Weihnachtsfeier des Patientenclubs statt.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem **Netzwerk** unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich innerhalb und außerhalb des Bezirkes. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle sind drei Sozialpädagoginnen tätig, die sich insgesamt eine Stelle teilen; für ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes sowie ein für alle Bezirke tätiger Facharzt für Unfallchirurgie zur Verfügung.

Durch die Wahrnehmung von Hospitationen und die Präsenz bei Veranstaltungen der Behindertenhilfe im Stadtteil konnten Öffentlichkeitsarbeit und Fachaustausch vorangetrieben werden.

Im Februar erschien der durch die Beratungsstelle selbst entworfene **Flyer**.

Die regelmäßig gemeinsam mit einem Facharzt für Unfallchirurgie durchgeführten ärztlichen Sprechstunden wurden fortgesetzt.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen. Die Anzahl der erstellten Gutachten und Stellungnahmen betrug im Berichtsjahr 274.

Kennzahl	2010	2011	2012
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im SpD insgesamt	1078	1197[4]	1150
davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	113	91	160
Anzahl der Klienten im SpD	890	875	785
Anzahl der Gruppentermine im SpD	52	48	49
Anzahl der Klienten im JpD	277	285	353
Anzahl der Klienten in der Beratungsstelle für Körperbehinderte	373	360	365
Anzahl der ärztlichen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1478	1339	1204
davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE)	1184	1032	650
davon für die ARGE	70	30	96
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	17	21	23

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und

[4] Klientenkontakte inklusive Gruppenteilnahme

Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Im Schuljahr 2011/2012 wurde bei den **Schuleingangsuntersuchungen** eine Untersuchungsquote von **96 %** erreicht. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Im Oktober und November 2012 wurden in ungewöhnlich hohem Umfang **Grippeschutzimpfungen** durchgeführt, insgesamt 116. In den Apotheken und bei den niedergelassenen Ärzten war nicht ausreichend Grippeimpfstoff verfügbar. Zum Schutz insbesondere älterer und chronisch kranker Bürger hat das Gesundheitsamt früh ausreichend

Impfstoff bestellt und wegen der hohen Nachfrage auch zweimal nachbestellt. Dadurch konnten alle Bürger, die sich an das Gesundheitsamt wandten, gegen Grippe geimpft werden.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse).

Die Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Die Schulzahnärztin wählt die Kinder, die für diese Prophylaxemaßnahme infrage kommen, aus und kontrolliert den Behandlungserfolg. Im Schuljahr 2011/2012 wurden 929 Fluoridierungen bei 538 Grundschülern durchgeführt.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat bei den **Reihenuntersuchungen in den Schulen** eine **Untersuchungsquote von 92 %** erreicht. Zusätzlich untersucht der Schulzahnärztliche Dienst nach dem Kinderbetreuungsgesetz die 3-6-Jährigen in den **Kindergärten**. 2012 wurden **80,3 %** der gemeldeten Kindergartenkinder untersucht. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich aktiv am **betrieblichen Gesundheitsmanagement** des Bezirksamtes beteiligt. Zahnärztin und Zahnarzthelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Fachamt Personalservice **Ohrakupunktur** zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz.

Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden seit 2009 auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby, koordinieren weiterführende Hilfen und leisten auch selber in Einzelfällen schnelle praktische Hilfe zuhause. Zusätzlich werden seit 2009 auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten.

Im Jahr 2012 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen **Hausbesuch** anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Sie werden mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in

Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

An zwei Standorten (Elternschule Bergedorf-West und Gesundheitsamt) werden Kurse für **Babymassage** angeboten. Eine Kinderkrankenschwester des Mütterberatungsteams hat sich darin umfangreich qualifiziert. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen.

„Ernährung im ersten Lebensjahr" als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wird sehr positiv von den Eltern angenommen.
Die **Sprechstunden der Mütterberatung** an vier verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt. Ein besonderes Angebot in den Sprechstunden und in vereinbarten Einzelterminen ist die **Tragetuchberatung**. Eine Krankenschwester des Teams hat sich auf

diesem Gebiet besonders fortgebildet. Die Kooperation mit den Familienhebammenprojekten Neu-Allermöhe und Lohbrügge und mit dem Projekt „Nestlotsen" der Pestalozzistiftung in Bergedorf West wurde fortgesetzt.

Die Mütterberatung hat sich 2012 an verschiedenen **Arbeitskreisen und Netzwerken z.B.** dem **Runden Tisch Bergedorf** zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit" beteiligt.

Das Projekt „Erinnerungs- und Meldewesen für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U6 und U7" wurde 2012 kontinuierlich fortgeführt. Alle gemeldeten Fälle (400) konnten zeitnah abgeschlossen werden.

Kennzahlen:

Schulärztlicher Dienst:

Kennzahlen	**2010**	**2011**	**2012**
Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG[5]	57	67	18
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)[6]	630	965	1064
Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule)	66	44	58

[5] Die Angaben beziehen sich auf das Schuljahr
[6] Die Angaben beziehen sich auf das Schuljahr

Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z. B. Förderschule Integrationsklassen, Sonderschule)	91	174[7]	106
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	117	121	132

Mütterberatung:

Kennzahlen	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	1285	1217	1734
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	755	677	566

Schulzahnärztlicher Dienst:

Kennzahl	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule	7.321	7247	7204
davon 85% = Soll	6236	6557	6123
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	7074	6623	6641
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	97	86	92
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	2158	2392	1826
Zahnärztliche Gutachten	41	53	36

Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen

[7] Die hohe Zahl erklärt sich durch eine Welle von Anträgen im Rahmen der Inklusion an Schulen, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (also schon im Schuljahr 2011/12) gestellt wurden.

(Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

Im Jahr 2011 wurden die routinemäßigen **Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen sowie der stationären Alten- und Pflegeinrichtungen** zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt.

Insgesamt 20 **Arztpraxen** wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft.

Die Gesundheitsaufsicht beteiligte sich an einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Institut für Lehrerfortbildung zur Aktualisierung der Rahmenhygienepläne für Schulen.

Wohn-Pflege-Aufsicht
Die Wohn-Pflege-Aufsicht (früher Heimaufsicht) berät ältere, behinderte und auf Betreuung angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner sowie Angehörige. Ebenso gilt das **Beratungsangebot** für Betreiber von Einrichtungen und Personen mit berechtigtem Interesse.

Das **Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz** (HmbWBG) ist die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht. Hierunter fallen:

- Servicewohnanlagen (ehemals betreutes Wohnen)
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Wohneinrichtungen für Senioren (alt: Heime)
- Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Tagespflegestätten und Hospize
- Ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe

Die Wohn-Pflege-Aufsicht führt **Kontrollen** durch und prüft die Qualität der Pflege- und Bewohner zu schützen und insbesondere die Selbstständigkeit bzw. Teilhabe sowie die Selbstverantwortung zu wahren.
Neben den Aufgaben als Kontroll- und Beratungsinstanz ist die Wohn-Pflege-Aufsicht auch **Beschwerdestelle** für die oben aufgeführten Zielgruppen.

Themenschwerpunkte in 2012 bei der Überprüfung von Wohneinrichtungen für Senioren waren Selbstbestimmung und freiheitsentziehende Maßnahmen. Es wurde ein sehr unterschiedlicher Wissensstand und Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen in den Einrichtungen festgestellt. Beratungen zur Vermeidung und Dokumentation der freiheitsentziehenden Maßnahmen wurden seitens der Wohn-Pflege-Aufsicht vorgenommen. In drei Einrichtungen der Senioren war ein überproportional hoher Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verzeichnen, so dass die nach dem HmbWBG geforderte Kontinuität und die Bezugspflege angezweifelt werden mussten.

Prüfschwerpunkte in den Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe waren Personal- und Qualitätsmanagement, Teilhabe sowie Arzneimittelversorgung. Bei den Prüfungen wurde deutlich, dass die Betreuung der Bewohner in den Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe in Bezug auf Selbstbestimmung und Teilhabe wesentlich zukunftsweisender ist im Vergleich zur Betreuung von Senioren. Eine häufige Aufgabe der Wohn-Pflege-Aufsicht war in 2012 die Wahrnehmung und Durchsetzung individueller Wünsche der Senioren. Zudem wurde festgestellt, dass der Pflegebedarf der Bewohner deutlich zugenommen hat.

Von Bewohnern und Angehörigen gingen im Bereich Wohneinrichtungen 14 Beschwerden, im Bereich Servicewohnen eine Beschwerde und im Bereich der ambulanten Pflegedienste zwei Beschwerden ein.

Kennzahl	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	478	562	
Neue Kennzahl:[8]: Bearbeitete Meldungen von infektiösen Erkrankungen		1192	1550
Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern (insgesamt 3 Einrichtungen)	3	4	3
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene (GA 31)	2	8	3
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	12	16	18

Wohn-Pflege-Aufsicht

Neue Kennzahlen (seit 2011)

Kennzahl		2011	2012
Anzahl der regelhaften Überprüfungen von Wohneinrichtungen		17	17
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden		28	17

[8] Seit 2012 gibt es eine neue Kennzahl, die mit der Benchmarking-Kennzahl identisch und damit überbezirklich vergleichbar ist. Dabei werden alle Ermittlungen bei gemeldeten Infektionsfällen erfasst, nicht nur diejenigen, welche in Survnet gelistet werden, z. B. auch Ausbruchsmeldungen aus Krankenhäusern, Seniorenwohnanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen.

4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Uwe Czaplenski, Tel. 42891-4040

Kennzahlen		2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen		178,39	178,78	181,80
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	**Soll**	147.306	140.300	144.542
Ausgaben	**Ist**	147.306	140.300	144.542
übertragbarer Rest		0	0	0
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		53	50	47
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote		56	41	35
davon öffentliche Ausschreibungen		1	2	0
davon beschränkte Ausschreibungen		55	39	35
Einnahmen insgesamt in €	**Soll**	3.503.084	5.969.688	5.799.686
	Ist	3.637.001	5.799.796	5.642.392
Ausgaben insgesamt	**Ist**	16.520.174	17.491.288	18.017.245

Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie dem Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt konzentriert.

4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

N.N.:

Kennzahlen		2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen am 31.12.		11,14	10,82	11,22
Einnahmen in €	Soll Ist	7.200 6.252	11.056 11.056	38.734 36.710
Ausgaben in €		301.151	389.501	286.785
Anzahl der aktiven Bebauungsplanverfahren am 31.12.*		18	18	15
Größe der aktiven* Bebauungsplanverfahren in ha am 31.12.		260	458	377
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		2	4	1

* „ruhende" Verfahren wurde nicht berücksichtigt

Allgemeines

Aufgrund der Aufgabe als Federführer für alle Bezirke im Bereich der Stadtplanung kommt es zu einem höheren Aufwand als in vergleichbaren Fachämtern. Dies hat sich vor allem im Jahr 2012 deutlich niedergeschlagen, als im Zusammenhang mit Entflechtungs- und Konsolidierungsmaßnahmen sowie im Bereich des Wohnungsbaus eine besonders große Zahl von Drucksachen, parlamentarischen Anfragen u. dgl. federführend abzustimmen waren.

Mit besonderem Engagement seiner MitarbeiterInnen hat das Fachamt die Herausforderungen angenommen.

Eingerichtet wurde der „Arbeitskreis Vier- und Marschlande", in dem im Dialog mit Vertretern der politischen Gremien Grundzüge und Vorgehen bei Genehmigungen und Planungen im Landgebiet abgestimmt wurden.

4.1.1 Übergeordnete Planung

Wohnungsbau

2012 war erneut von dem Arbeitsschwerpunkt der planerischen Förderung und Entwicklung des Wohnungsbaus geprägt. Aufgrund vielfältiger Entwicklungshemmnisse und -schwierigkeiten, die häufig durch komplizierte Eigentumsverhältnisse verursacht werden und vom Bezirksamt nicht beeinflusst werden können, kommt die Entwicklung der Flächen nicht immer in dem gewünschten Tempo voran. Beispiele sind die Flächen am Reinbeker Redder und am Brookdeich. Positiv hingegen ist, dass die Entwicklung der Flächen am Schleusengraben an Dynamik gewonnen hat. Auch Flächen in Neuallermöhe-West sind auf dem Immobilienmarkt begehrter als früher. So konnten 2012 Flächen am Sophie-Schoop-Weg, für die es noch vor kurzem keinerlei Interesse gab, über die Finanzbehörde in die Ausschreibung gegeben werden. Auch für die Fläche am Marie-Henning-Weg konnte 2012 ein Investor gefunden werden.
2012 wurde die 2. Fortschreibung des Wohnungsbauprogramms durchgeführt, die im Dezember von der Bezirksversammlung beschlossen wurde. Wesentlicher Bestandteil dieser Fortschreibung waren drei Grundsatzthemen, die 2012 vorangetrieben wurden:

- Öffentliche Unterbringung
- Barrierefreies Wohnen und Wohnumfeld
- Wohnungsbau in den Vier- und Marschlanden

Besonders letzteres Thema wurde in einem intensiven Austausch mit der Bergedorfer Politik entwickelt und hat zu einem Grundkonsens geführt.

Schleusengraben

Die Entwicklung am Schleusengraben konzentriert sich auf drei großen Flächen, auf denen insgesamt bis zu 1.000 Wohnungen entstehen können, sowie auf die Herstellung von Wegeverbindungen und einer Brücke über den Schleusengraben:

- Glasbläserhöfe: die Entwicklung und Erschließung der Fläche wurde 2012 auf Grundlage des im Jahr 2011 bereits geschaffenen Planungsrechts deutlich vorangetrieben. Leider kam es in 2012 noch nicht zu den angekündigten Bauanträgen für den Wohnungsbau.
- Wohnen am Weidensteg: 2012 konnten für diese Fläche deutliche Entwicklungsfortschritte erzielt werden. Es wurde ein Bebauungskonzept abgestimmt, das insbesondere im Hinblick auf die Größe der Einzelhandelsflächen zu Diskussionsbedarf geführt hat. Als wesentliches Entwicklungshemmnis erweist sich nach wie vor die äußerst kostenträchtige Altlastensanierung. Hier wird nach wie vor noch intensiv an einer Lösungsmöglichkeit gearbeitet.
- Schleusengärten: 2012 konnten die Tauschverhandlungen mit dem großen privaten Grundstückseigentümer vorangetrieben werden. Für den städtischen Teil des Wohngebietes gibt es inzwischen eine Anhandgabe an diesen Eigentümer. Ein Wohnungsbauinvestor ist ebenfalls vorhanden.
- Wegeverbindung: Die Planungen hierfür konzentrieren sich inzwischen auf den westlichen Uferbereich, da hier zügiger eine durchgehende Wegeverbindung und eine direkte Verbindung zwischen dem Bergedorfer Zentrum und den Vier- und Marschlanden hergestellt werden kann, die zudem auch näher an den vorhandenen Wohngebieten liegt. In Zusammenarbeit mit dem Fachamt Management des öffentlichen Raums wurden die Planungen inzwischen konkretisiert und mit anliegenden Eigentümern abgestimmt.
- Brücke: aufgrund der unterschiedlichen Dynamik der drei großen Entwicklungsflächen konnte in 2012 noch kein Standort abschließend festgelegt werden. Die Finanzierung ist allerdings grundsätzlich geklärt.

Lichtwarkhaus

Erfreulich und dynamisch hat sich die vom Bezirksamt in der zweiten Jahreshälfte präsentierte Idee des Neubaus des Lichtwarkhauses unter Nutzung des bisherigen Geländes für Wohnungsbau, entwickelt. Die planerischen Grundlagen hierfür wurden im Fachamt entwickelt.

Ausschreibung Schlossparkcafe

2012 wurde eine Ausschreibung für die Errichtung und den Betrieb eines ortsspezifischen Gastronomiebetriebs erarbeitet und durchgeführt.

Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden

Der Bezirk Bergedorf hat auch 2012 das im Jahr 2010 von der BSU eingeleitete FNP- und LAPRO-Änderungsverfahren für Windkraftanlagen begleitet. 2012 fanden seitens der BSU öffentliche Informationsveranstaltungen und die Öffentliche Auslegung statt. Seitens der betroffenen Bürger wurden zahlreiche Bedenken und Anregungen vorgebracht sowie ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht.

Infrastrukturprogramm Zollenspieker

Die sehr komplexen und aufwändigen Arbeiten an diesem für Bergedorf, aber auch für Hamburg wichtigen Anlaufpunkt konnten 2012 zusammen mit dem Fachamt MR vorangetrieben und weitestgehend zum Abschluss gebracht werden.

4.1.2 Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden im Jahr 2012 folgende Leistungen erbracht:

Ein Planverfahren wurde neu eingeleitet: Bergedorf 111 (Brookdeich Südwest).

Für das vorgesehene Bebauungsplanverfahren Lohbrügge 91 (Moosberg) wurde eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden vier Planentwürfe abgestimmt: Allermöhe 27 (Gewerbegebiet Allermöhe, Änderung), Bergedorf 104 / Curslack 19 (Schleusengärten), Curslack 20 (Curslacker Deich 137-143), Lohbrügge 16 (Südwestlich Lohbrügger Landstraße, Änderung).

Vier öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Allermöhe 27, Bergedorf 16 / Lohbrügge 31 (Kurt-A.-Körber-Chaussee), Bergedorf 110 (Glasbläserhöfe), Lohbrügge 16.

Die Bebauungspläne Bergedorf 16 / Lohbrügge 31, Bergedorf 102 (Baumarkt Kurt-A.-Körber-Chaussee) und Lohbrügge 16 wurden festgestellt.

Für die planungsrechtliche Sicherung einer Baumaßnahme der Feuerwehr Krauel wurden umfangreiche Prüfungen durchgeführt und Vorbereitungen für ein Verfahren zur Feststellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung getroffen.

Im Hinblick auf das Bebauungsplanverfahren Lohbrügge 89 (Hirtenland) wurden Gespräche insbesondere mit potentiellen Grundeigentümern und Vorhabenträgern geführt.

Im Rahmen der Entwicklung der Postfläche an der Bergedorfer Straße wurden Abstimmungen insbesondere mit Fachleuten und Vorhabenträgern vorbereitet und durchgeführt.

Die Auswertung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Kirchwerder 24 (Baustoffhandel Kirchwerder Hausdeich) wurde fortgesetzt.

Zwecks Einleitung eines Verfahrens zur planungsrechtlichen Sicherung von privaten Grünflächen im Raum Kirchwerder / Zollenspieker wurden Voruntersuchungen, insbesondere Gespräche mit Grundeigentümern durchgeführt.

Für eine Reihe von Bebauungsplanverfahren wurde die interessierte Bevölkerung über Bau- und Bewerbungsmöglichkeiten beraten.

Im Rahmen seiner fachlichen Federführungsaufgaben mit Bezug auf Bauleitplanung wurden insbesondere die Fachanweisung Bauleitplanverfahren abgestimmt und fachliche Fortbildungen in die Wege geleitet. Weiterhin begann die Mitarbeit an der Neufassung der Globalrichtlichtlinie „Kostenbeteiligung in der Bauleitplanung".

ArcGIS wurde als neue Planungssoftware eingeführt; diesbezüglich erfolgten Schulungen und Erprobungen.

Im Rahmen der fachlichen Federführungsaufgaben mit IT-Bezug wurden folgende Themen begleitet oder betreut: Behebung der letzten Anwendungsfehler in dem System „Bauleitplanung online" und Vorbereitung der Einführung bei allen Trägern öffentlicher Belange und in allen Hamburger Bezirken (internetbasierte medienbruchfreie Beteiligung), Arbeitskreis „digitale Bauleitplanung", Workshop und Schulungen zu ArcGIS, LandCAD, Einführung des Hamburger Metadatenkatalogs sowie fachliche Betreuung diverser Kartenportale (3AWeb, FHH-Atlas und Planportal) und der Entwicklung einer Verfahrensdatenbank für Bebauungsplanverfahren. Das Fachamt war weiterhin Mitglied der Projektgruppe „Bauleitplanung online" und hat auch wesentliche Projektleitungsaufgaben im Rahmen der Optimierung vor der Einführung des Systems übernommen. Nicht zuletzt wurden neue Zeichenprogramme getestet, bevor sie in Hamburg eingesetzt wurden.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren

- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen
- Städtebauliche Beratung von Bürgern, Vorhabenträgern und politischen Gremien
- Presse- und Internetarbeit

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu schaffen, näher gekommen.

4.1.3 Landschaftsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde bei der teilräumlichen Entwicklungsplanung Mittlerer Landweg die Erarbeitung der landschaftsplanerischen Beiträge abgeschlossen.
Hamburg erarbeitet ein Biotopverbundkonzept; die bezirkliche Mitwirkung bei der Flächensuche wurde fortgesetzt.
Die Entwicklung der Schleusengrabenachse wurde landschaftsplanerisch weiterhin begleitet und trat nunmehr in die Realisierungsphase. Zur Vorbereitung der Bebauung von Teilabschnitten wurden Ersatzflächen als Ausgleich für den Verlust von gesetzlich geschützten Biotopen gesucht und das Aufwertungspotential fachgerecht genutzt.

Teile des vorgesehenen Gewerbegebietes östlich Curslacker Neuer Deich wurden aufgrund von Bodenuntersuchungen vorläufig unter Naturschutz gestellt. Der Schutzstatus wurde verlängert. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung war am Prozess intensiv und fortlaufend beteiligt. Aufgrund des Nachweises einer besonders geschützten Tierart (Zierliche Tellerschnecke - Anisus vorticulus) werden umfangreiche Untersuchungen notwendig, die mit zwei Gutachten zur Umsiedlung der Tellerschnecke und zum Monitoring einhergehen. Die Abteilung Landschaftsplanung hatte im Jahr 2012 insbesondere mit Auswahl der Experten, Festlegung des Programms, Ausarbeitung von Verträgen, Abstimmung mit Fachbehörden und dem Beginn einer Umsiedlung zu tun. Diese Maßnahme ist für Hamburg einmalig und neu. Das Vorhaben steht unter erheblichem Zeitdruck.
Der in 2007 begonnene LEADER-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume wurde fortgesetzt, ein Antrag auf Förderung der Ausarbeitung und Umsetzung eines „Touristischen Leitsystems“ Vier- und Marschlande gestellt. Aufgrund des Endes der 1. Förderperiode in 2013/2014 besteht bei diesen Projekten erheblicher Zeitdruck.
Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Die Ideen für die Kulturlandschaften auf dem Gartenschaugelände sind weiter konkretisiert worden. In 2012 wurden Umsetzungsideen für die Vier- und Marschlande ausgearbeitet und Ideen für 2013 für das IGS-Gelände gesammelt und verifiziert. Das Regionalmanagement wurde ausgeschrieben und Kooperationsverträge mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen geschlossen, da die Finanzierung über die Metropolregion läuft. Die inhaltliche und verfahrenstechnische Betreuung des Regionalmanagements sowie der Zeitdruck hatten zur Folge, dass hier ein Großteil der Arbeitszeit einfloss.
In der verbindlichen Bauleitplanung wurde die Betreuung aller laufenden Huckepack-Bebauungspläne fortgesetzt. Die gesetzliche Beachtung des Artenschutzrechts (insbesondere Vögel, Fledermäuse und Amphibien) bildet einen Schwerpunkt der Arbeit. Streng geschützte Arten (Arten- und Biotopschutz), deren Vorkommen und Behandlung in Bebauungsplanverfahren stellen die Planungen vor immer neue Herausforderungen, die zusammen mit den Fachbehörden in einem intensiven Austausch geklärt werden müssen.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Christoph Lindemann, Tel. 42891-2277

Kennzahlen		2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen		107,57	110,09	109,90
Einnahmen in EUR [1]	Soll	587.574	2.236.819[2]	1.802.517[2]
	Ist	665.276	2.101.974[2]	2.007.928[2]
Ausgaben in EUR		15.571.586	16.334.614	16.740.421

1) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.
2) inkl. Einnahmen (z.B. von Bauträgern), die Maßnahme bezogen auch ausgabewirksam werden

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirksamtes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt, die Einhaltung des Hundegesetzes sowie die Überwachung des ruhenden Verkehrs sichergestellt.
In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.

2012 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

Straßen- und Tiefbauprojekte:

- Diverse Maßnahmen im Rahmen des Programmes integrierte Stadtteilentwicklung, RISE: (Quartiersstraßen Bergedorf-Süd, Neugestaltung Platz am Pool, Planung und Umbau Alte Holstenstraße, von Lohbrügger Markt bis Ludwig-Rosenberg-Ring)
- Zollenspieker Fährhaus: Erneuerung der Uferbefestigung und Herrichtung der Außenanlagen mit Förderung durch EU-Mittel
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2012 (z.B. Neuengammer Hausdeich von Odemanns Heck bis Hausnr. 389, Kirchenheerweg, von Fersenweg bis Teufelsort, Sanierung von Straßengräben am Curslacker Heerweg)
- Weiterführung Erschließung ZOB und Bahnhofsvorplatz sowie Wiederherstellung der Johann-Meyer-Straße inkl. Anlegen einer Wochenmarktfläche
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen (z.B. Mette-Harden-Straße)
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße, Marie-Henning-Weg)
- Vorbereitung von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“

- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Veloroute 8, 1.BA, Schutzstreifen und Sanierung Tatenberger Weg, Tatenberger Deich und Ochsenwerder Norderdeich, Sanierung des Fahrbahnrandes, Verbesserung des Fahrradparkens)
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau)
- Herrichtung und Abschluss der Arbeiten im Zuge des Boulevards Lohbrügge (Alte Holstenstraße) sowie Beleuchtung unter der Eisenbahnbrücke Alte Holstenstraße.

Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege:

- Fortführung der Sanierung von Teilflächen an Hauptverkehrsstraßen
- Überwachung, Anpassung und Ausarbeitung des Winterdienstes
- Instandsetzungsprogramm „öffentliche Toiletten“ an den Badeseen
- Naturteiche Boberger Niederung: Entschlammung der Auffangbecken
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen
- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen
- Schulwegsicherungsprogramm: Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen
- Wiederherstellung der Straßenentwässerungssysteme (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden).
- Fortführung des Sonderprogramms „Schönes Bergedorf“ - Umfeldverschönerung und Aufwertung von Straßen und Plätzen
- Erfüllung des fortlaufenden Schlaglochbeseitigungsprogrammes
- Konjunkturprogramm-Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen
- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
- Vorbereitung und Fortführung des Sonderprogramms „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör
- Instandsetzung und Unterhaltung von Deichverteidigungsstraßen und dazugehöriger Sperreinrichtungen
- Instandsetzung des Marschbahndammes als Teil des Europa-Radfernweges
- Sonderprogramm Fahrbahnmarkierung/Verkehrsleiteinrichtungen
- Koordinierung, Planung und Umsetzung Straßenbau- sowie Straßenverkehrs-behördlicher Anordnungen

Unterhaltungsmaßnahmen Grün:

- Führung und Aktualisierung des Straßenbaumkataster
- Kontrolle und Pflege der Straßenbäume und des Straßenbegleitgrüns
- Führung und Aktualisierung des Spielgerätekatasters
- Kontrolle und Pflege der Kinderspielplätze, Grünanlagen und Dauerkleingartenanlagen
- Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaumpark, Marschbahndamm, Fleetgrün Allermöhe-Ost , an der Sternwarte / Schorrhöhe und Grünes Zentrum Lohbrügge, sowie deren Fortschreibung
- Durchführung von Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten
- Arbeiten in Amtshilfe auf Liegenschafts- und Sportflächen sowie in Dienstgärten
- Pflege- und Unterhaltung des Bergedorfer Friedhofes mit Durchführung des Gruftbetriebes
- Ausbildung von Landschaftsgärtnern

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Grundinstandsetzung und Entschlammung Schöpfwerksgraben Fünfhausen
- Planung Grundinstandsetzung Tatenberger Hauptgraben
- Entschlammung Mittlere Bille
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzung Schulenbrooksbek
- Planung und Sanierung der Kornwassermühle am Serrahnwehr nach EU-WRRL
- Planung und Herstellung der Durchgängigkeit (Fischaufstiegshilfe) am Serrahnwehr nach EU-WRRL
- Erneuerung der Staubauwerke 28 und 34 und Abriss Staubauwerk 16
- Grundinstandsetzung Schöpfwerk Bille (Kontrakt mit LSBG)
- Bau einer Regenwasserbehandlungsanlage am Bornmühlenbach, Plettenbergring und Entschlammung des Rückhaltebeckens (Kontrakt mit LSBG)
- Planung Spüleinlass Kampbille

Landschaftsbauprojekte:

- Planung und Ausschreibung einer Kleingartenanlage für den B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11
- Planung / Konzeption von Wegeverbindungen und Grünanlagen (Ost und West) am Schleusengraben im Rahmen des Projektes Erschließung der Schleusengrabenachse
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen (KSP Sander Tannen, Skateplatz Grünes Zentrum, Grünanlagen Obere Bille und Stormarnhöhe, Grünzug Mittlere Bille)
- Planung und Ausschreibung für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West, 6. BA Kleingartenanlage
- Weiterführung der Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus
- Bau einer WC- Anlage im Schlosspark (Chrysanderstraße)
- Abschluss der Grundinstandsetzung des Marschbahndammes zwischen Ochsenwerder und Heinrich-Stubbe-Weg als Teil des Europa-Radfernweges
- Weiterführung von Maßnahmen zur Grundinstandsetzung der Kapelle 1 auf dem Friedhof Bergedorf
- Pflanzmaßnahmen im Schloßpark

Forstprojekte:

Aufgrund der personellen Situation in der Försterei konnte in 2012 nur der Grundbetrieb zur Verkehrssicherung aufrecht erhalten werden.

BOD Bergedorf:

Der BOD Bergedorf hatte im Jahr 2012 seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf die Überprüfung der Einhaltung der Straßenverkehrsordnung im ruhenden Verkehr gelegt. Dazu wurden tägliche Überprüfungen des bewirtschafteten Verkehrsraumes, schwerpunktmäßig im Innenstadtbereich, durchgeführt. Weiterhin wurden schwerpunktmäßig der Vorplatz des CCB und der Straßenzug „Am Bahnhof" in die täglichen Überprüfungen einbezogen. Außerdem wurden, je nach Wetter- und Beschwerdelage, routinemäßig oder anlassbezogen vor allem in den Grün- und Erholungsanlagen Kontrollen durchgeführt. In den Wintermonaten wurden verstärkt Kontrollen durchgeführt, ob die Anliegerverpflichtung zur Schnee- und Eisbeseitigung nach dem Hamburgischen Wegegesetz eingehalten wurde. Die hohe Präsenz des BOD in der Öffentlichkeit wird von der Bergedorfer Bevölkerung sehr geschätzt und anerkannt.

Kennzahlen MR

Angaben in Euro	2010	2011	2012
Investitionsmittel Straße	**5.683.779**	**5.306.651**	**4.613.337**
Davon: Honorarausgaben	461.957	326.373	269.764
Erschließungsmittel	821.406	1.066.847	301.979
Neu-, Um- und Ausbau	1.023.294	1.462.639	1.484.282
Grundinstandsetzung	3.377.122	2.450.792	2.557.345

Investitionsmittel Gewässer und Deiche	**2.229.497**	**3.216.000**	**2.659.448**
Davon: Honorarausgaben	144.386	145.877	167.387
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	2.080.204	1.833.123	2.336.046
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	4.907	1.237.000	156.015

Investitionsmittel Grünanlagen	**1.340.090**	**1.065.461**	**946.750**
Davon: Honorarausgaben	12.154	28.732	34.998

Unterhaltung Straße	**2010**	**2011**	**2012**
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m²	5.561.000	5.563.000	5.565.000
Ausgaben	1.533.610	1.585.473	2.057.497

Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	**2010**	**2011**	**2012**
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m²	43.389	44.262	44.262
Anzahl	464	465	465
Ausgaben	51.983	52.093	90.264

Unterhaltung Gewässer und Deiche	**2010**	**2011**	**2012**
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.529.545	1.589.000	1.685638

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2010	2011	2012
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m²	2.865.000	2.866.000	2.866.000
Anzahl der Bäume	23.610	23.862	24.112
Ausgaben	289.730	457.623	426.733
Baumpflanzaktion „Mein Baum – meine Stadt“		129.147	66.135

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2010	2011	2012
Angaben zum Anlagenbestand [1])			
Flächengröße m²	7.500.500	4.069.595	4.129.342
Anzahl	218	193	193
Ausgaben	675.061	802.484	820.073

[1]) Die Größenabweichungen zwischen 2010 und 2011 beruhen auf der Überarbeitung des Grünplans durch die Fachbehörde. Hinzu kommt, dass die Größenangabe in 2010 die Flächen der Kleingärten und des Friedhofes beinhaltenden.

Unterhaltung Kleingärten	2010	2011	2012
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m²	1.830.000	1.904.504	2.049.895
Anlagen	28	23	23
Ausgaben	25.000	35.000	27.000

Friedhof	2010	2011	2012
Angaben zum Bestand			
Flächengröße in m²	686.937	621.887	621.887
Investitionsausgaben	49.469	131.761	67.024
Unterhaltungsausgaben	397.163	356.299	300.959

Naturschutzgebiete	2010	2011	2012
Angaben zum Bestand NSG			
Flächengröße in ha	1.200	1.200	1.200
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	20.623	27.226	18.333

Forst	2010	2011	2012
Angaben zum Bestand Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee Flächengröße in m²	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Ausgaben Wegebau	0	1.193	29.351
Ausgaben Investitionen	34.672	3.842	0
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	45.545	76.045	35.267
Amtshilfen [1]	**2010**	**2011**	**2012**
Ausgaben	182.362	355.290	390.053

1) Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

Sondernutzungen KFZ		2010	2011	2012
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		441	475	594
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		41	57	62
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		1.352	2.636	2.688
Einnahmen in €	Soll	3.723	6.188	7.556
Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte	Ist	7.931	10.389	10.672

Übersicht Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen:

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2010	2011	2012
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	17 0	18 1	8
Anzahl ABM – Mitarbeiter bei Kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	21	21	8
Praktikanten im Landschaftsbau	9	2	5
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	3	0	0
Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit im Grünbereich	10	10	10
Praktikanten im Forstbereich	0	0	2

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	2010	2011	2012
Beschäftigungsvolumen	21,25	20,77	20,82

2012 wurde unter maßgeblicher Mitwirkung des Fachamtes, zusammen mit den anderen Bezirksämtern, versucht, eine Bereitstellung von Mitteln zur vollständigen Umsetzung des im Vorjahr erarbeiteten Marketingkonzeptes für die Hamburger Wochenmärkte bei der Finanzbehörde zu erreichen. Dem Gesamtvorhaben wurde unter Hinweis auf die Finanzlage der FHH allerdings eine Absage erteilt. Immerhin konnte jedoch erreicht werden, dass für die nächsten 3 Jahre die Buswerbung für die Wochenmärkte über ganz Hamburg ausgedehnt wird. Diese hatte sich im Rahmen des Bergedorfer Projektes als die wirksamste Maßnahme herausgestellt. Darüber hinaus wird die Erstellung eines modernen Internetauftrittes für die Hamburger Wochenmärkte zusammen mit der Internetredaktion der Senatskanzlei und einer Vertretung von Hamburg.de vorbereitet.

Als eine weitere Konsequenz aus dem Bergedorfer Projekt muss das konkurrenzlos günstige Angebot des Einzelhandelsverbandes für die Schulung der Marktbeschicker im Hinblick auf Verkaufsfördernde Maßnahmen und Verhaltensweisen erwähnt werden. Hier fanden 2012 in den Räumlichkeiten des Einzelhandelsverbandes verschiedene Gespräche mit Vertretern der Marktbeschicker, des Landesverbandes und der Bezirksämter statt. Ein ausreichendes Interesse der Markbeschicker, um die Bemühungen fortzusetzen, war jedoch leider nicht wahrnehmbar.

Der Bergedorfer Weihnachtsmarkt wurde mit leichten Veränderungen erneut wie im Vorjahr erfolgreich ausgeführt. Die Schlosswiese sowie auch die Alte Holstenstraße wurden aufwendig und attraktiv bebaut, die Resonanz in der Bevölkerung war wiederum durchweg positiv.

Nach Abstimmung mit der Bergedorfer Politik wurde seitens des Fachamtes die Ausstattung des Bahnhofvorplatzes auf der Lohbrügger Seite für die Durchführung eines Wochenmarktes betrieben und vom Fachamt Management des öffentlichen Raumes hervorragend umgesetzt. Nach der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zeigte sich der Landesverband des ambulanten Gewerbes und der Schausteller (LAGS) als einzige Institution an der Durchführung eines Wochenmarktes auf dieser Fläche interessiert. Der Markt eröffnete schließlich am 13.9.12 seinen Verkauf und stellte – wie geplant – seinen Betrieb zur Wintersaison vorübergehend ein. Es ist beabsichtigt den Betrieb zum Frühjahr 2013 erneut aufzunehmen.

Ferner war das Fachamt maßgeblich an der Vorbereitung und Ausführung einer überregionalen, aber zunächst ausschließlich behördeninternen Übung zur Bekämpfung einer Tierseuche beteiligt. Ziel der Übung war es, detaillierte Hinweise für die Weiterentwicklung eines Konzeptes zur Bekämpfung von Tierseuchen zu erhalten. Dieses Ziel wurde zur Zufriedenheit aller Beteiligten erreicht.

4.3.1 Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

4.3.1.1 Gewerbe- und Ordnungsrecht

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat 2012 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu gewährleisten und damit für mehr Sicherheit (u.a. Einhaltung der Haftpflichtversicherungspflicht und Haltung gefährlicher Hunde) im Umgang mit den Tieren beizutragen. Durch die vom BOD ausgeführten Überprüfungen wurden auch weiterhin Hunde bekannt, die noch nicht registriert waren. Mit entsprechenden Aufforderungen und weitergehenden Maßnahmen konnte das Hunderegister auf einem weitgehend aktuellen Stand gehalten werden. Zum 31.12.2012 waren in Bergedorf 4931 Tiere im Hunderegister erfasst. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des HundeG wurden 2012 u.a. insgesamt neun Haltungsuntersagungen ausgesprochen, die sich in erster Linie auf das Halten gefährlicher Hunde nach § 2 HundeG bezogen.

Insgesamt wurden 167 Hundehalter schriftlich aufgefordert, Ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Ein Teil der Hundehalter (ca. 10%) kam erst nach einem Zwangsmittelverfahren, das in drei Fällen mit der Anordnung der Sicherstellung des Hundes endete, ihrer Pflicht nach. Es wurden 65 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung durchgeführt.
Ferner waren neun Hunde aufgrund von Haltungsuntersagungen sicherzustellen, ein Hund wurde euthanasiert.

Sechs Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit, hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte. Haltungsbeschränkende Maßnahmen wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule wurden auch in diesem Jahr nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbundene Hinweise auf die Einhaltung der Aufsichts- und Anleinpflicht ausreichend.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz im Zusammenwirken des Abschnittes Gewerbe- und Ordnungsrecht mit dem BOD auch in 2012 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt.

Das Jahr 2012 war auch geprägt durch die Evaluation des Hundegesetzes mit dem Ergebnis einiger kleinerer Gesetzesänderungen und dem Fazit, dass sich das Hundegesetz bewährt hat und die Liste der sog. Kat-I-Hunde aufrechterhalten bleibt. Mit einer Erlaubnis zur Haltung eines gefährlichen Hundes sind nach wie vor derart hohe Anforderungen verbunden, dass dies die Ausnahme bleiben wird. Trotz allem werden immer wieder Verstöße gegen das Haltungsverbot festgestellt.

Im Bereich des Jugendschutzgesetzes hat sich die Anzahl der festgestellten Verstöße nicht wesentlich verändert. Verstöße festzustellen bleibt weiterhin schwierig, da die Jugendlichen oft ihre Quellen verschweigen; eine eindeutige Beweisführung ist dann kaum mehr möglich. Insgesamt wurden 2012 acht Verfahren eingeleitet, davon ging es in drei Fällen um Alkohol, in drei Fällen um Tabak und in zwei Fällen um Pyrotechnik.

Eine gemeinsame Aktion mit dem Jugendschutztrupp der Polizei wurde im Rahmen der Hafenmeile durchgeführt. Besondere Auffälligkeiten waren nicht erkennbar.
Das bisherige konsequente Vorgehen gegen die Betreiber gerade von sog. „Kiosken“ zeigt insoweit Erfolge.

Die regelmäßige Kontrolle der Spielhallen im Hinblick auf die Einhaltung der Spielhallenverordnung konnte 2012 aus Gründen fehlender Kapazitäten nicht im vollen Umfang durchgeführt werden. Bis auf die Feststellung eines Bußgeldtatbestandes waren besondere Auffälligkeiten dabei nicht zu verzeichnen. In Anbetracht, des zum Jahresende 2012 verabschiedeten Spielhallengesetzes für Hamburg sind zusätzliche, erheblich belastende Anforderungen an den Betrieb von Spielhallen und damit ein erhöhter Personalbedarf für die Überwachung entstanden.

2012 mussten 30 Gewerbeuntersagungen ausgesprochen werden. Daneben konnte das Fachamt 19 Verfahren einstellen, weil die Gewerbetreibenden durch intensive und erfolgreiche Beratungen die Zuverlässigkeit im gewerberechtlichen Sinne in der Betriebsführung wiederhergestellt hatten. Zum 31.12.12 waren darüber hinaus noch 43 Verfahren anhängig, von denen 24 aktiv in Richtung auf eine Gewerbeuntersagung betrieben wurden. 6 Verfahren ruhen derzeit, weil den Gewerbetreibenden nach erfolgter Beratung die Gelegenheit gegeben wird, ihre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen. Weitere 13 Gewerbeuntersagungsverfahren aus den Vorjahren müssen wegen laufender Insolvenzverfahren ruhen.

Aufgrund der im Februar 2012 festgestellten Verfassungswidrigkeit, wurde das Passivraucherschutzgesetz zum 01.09.2012 geändert. Damit war, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, die Einrichtung von Raucherräumen in Speisegaststätten wieder zulässig. Die Gastronomie in Bergedorf hat sich offensichtlich entschieden, keine Raucherräume einzurichten. 2012 sind diesbezüglich keine Anträge eingegangen, selbst der Beratungsbedarf ging mit einer Ausnahme gegen Null und Verstöße gegen das Gesetz wurden kaum bekannt.

Die Hafenmeile, die im Zusammenhang mit der Eröffnung des Bahnhofsvorplatzes und den 850 Jahr-Feierlichkeiten stattfand, wurde maßgeblich vom Fachamt und dem TV-Gärtner John Langley organisiert. Es war die bislang erfolgreichste und flächenmäßig größte Hafenmeile. Geboten wurden knapp 30 Stunden Programm, über 100 Shows und Aktionen rund um den Serrahn, eine historische Schiffsaustellung in der HVB und dem CCB und vieles mehr. Die Berichterstattung in der lokalen und überregionalen Presse sowie im TV war durchweg positiv und spiegelte die Bedeutung der Veranstaltung für Bergedorf wieder.

Kennzahlen

Passivraucherschutzgesetz	**2010**	**2011**	**2012**
Hinweise auf Missstände	9	5	5
Anzahl der Beratungen	6	3	3
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen	1	0	2

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	**2010**	**2011**	**2012**
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	17	19	20
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	3	4	3
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren	128	187	176
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	36	33	43
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	92	120	105
Gewerbeuntersagungungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	22	30	30

Zahl der Gewerbeum-, -an- und abmeldungen	2.393	2.997[9]	
Spielhallenstandorte	18	18	18
Spielhallen	31	31	31
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	330	330	330
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	16	20	24
Ausnahmen von der Sperrzeit	7	6	6

[9] Seit Mitte des Jahres sind Gewerbeanmeldungen auch durch die Handels- und die Handwerkskammer möglich. Dort wurden zusätzlich 96 Gewerbemeldungen verarbeitet.

Weitere Arbeitsbereiche	2010	2011	2012
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	330[10]	324[11]	269[12]
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	4	2	3
die Haltung eines „gefährlichen Hundes" verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit" eines Halters untersagt	9	3	9
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	3	4	6
Sicherstellung oder Tötung	19[13]	9[14]	13[15]
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	127	111	90
Weitere Ordnungswidrigkeiten-Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	1.372[16]	56	78
Ausstellung von Fischereischeinen	313	336[17]	292[18]

4.3.1.2 Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von rund 25 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung tätig sind.

Viele Betriebe mussten erneut wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre

[10] 127 Owi-Verfahren wegen verspäteter Anmeldung; 203 weitere Verfahren, davon 130 Aufforderungen zur Anmeldung

[11] 111 Bußgeldverfahren, 4 Erlaubnisse, 31 Aufforderungen zur Vorführung, 120 Aufforderungen zur Anmeldung; 58 weitere Verfahren

[12] 90 Bußgeldverfahren weg. verspäteter Anmeldung u.a., 89 Aufforderungen zur Anmeldung, 36 Einladungen zur Vorführung (Rassefeststellung und Begutachtung der Gefährlichkeit nach § 2 Abs. 2 HundeG, 54 weitere Verfahren

[13] 10 Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, 9 Sicherstellungen in Zusammenhang mit Untersagung; keine Tötung

[14] Sechs Sicherstellungen wurden angeordnet um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. Dies führte letztlich in allen Fällen zum Erfolg, drei Sicherstellungen erfolgten im Rahmen von Haltungsuntersagungen.

[15] Drei Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, neun Sicherstellungen im Zusammenhang mit Untersagungen, eine Tötung

[16] allein 1.286 wegerechtliche Verfahren wg. Schnee und Eis im Winter 2009/10

[17] In 2010 wurden die Fischereischeine ausschließlich von den Bürgerzentren ausgestellt, da eine „händische" Ausstellung aufgrund der vielen Fälschungen nicht mehr zugelassen war. Ab 2011 kann auch VS Fischereischeine maschinell ausstellen.

[18] im Einwohneramt wurden 221, von VS wurden 71 Fischereischeine ausgestellt.

Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Die große Anzahl der in 2011 durchgeführten Kontrollen/Beratungen, die zum Teil auch auf das alle zwei Jahre stattfindende Stadtfest zurückzuführen ist, konnte 2012 nicht erreicht werden. Die Gründe dafür waren ein hoher Krankenstand, aber auch andere zeitintensive Aktivitäten wie beispielsweise selbst vorbereitete und durchgeführte Fortbildungsveranstaltungen für Hamburger Lebensmittelkontrolleure, Tätigkeiten als Prüfer in der Prüfungskommission, zeitintensivere Arbeitsanteile für Probenahmen.

Die Umstellung der Probenahmen auf eine risikoorientierte Basis wurde 2012 vollendet. Sie ist in ihrer Konsequenz zeitintensiver. Der Zielerreichungsgrad der Anzahl der Probenahmen wurde auch 2012 übertroffen. Die Anzahl der beanstandeten Proben ist erfreulicherweise rückläufig.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Märkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden. Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbeschicker und deren z.T. besonderer Wünsche steht dabei die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden nach wie vor im Vordergrund.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Zurückzuführen ist dies hauptsächlich auf die per 01.01.2012 eingeführte Gebührengestaltung, die einen finanziellen Anreiz für eine Dauerzulassung (monatliche bargeldlose Vorauszahlung) gegenüber einer Tageszulassung (Barzahlung am jeweiligen Markttag) bietet. Der Anteil der Dauerzulassungen ist je Markt und Markttag unterschiedlich und bewegt sich im Rahmen von 53 % bis 82 %.

Durch den freiwilligen Werbe-Euro von Marktbeschickern der Bergedorfer Wochenmärkte war es auch weiterhin möglich Folgendes zu finanzieren:

- Parkkarten für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf für kostenloses Parken im Parkhaus in der 1. Stunde,
- für den Wochenmarkt Lohbrügge die Anmietung des für Samstage als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße,
- eine Bezuschussung der Teilnahme von Marktbeschickern am Bergedorfer Landmarkt.

Kennzahlen

Verbraucherschutz		2010	2011	2012
Gewerbebetriebe insgesamt: davon		10.800	11.081	11.146
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände		2.648	2.972	2.910
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:				
Kontrollen und Beratungen		2.248	3.129	2.475
Probenentnahmen	Soll	533	661	585
	Ist	466	764	646
davon Beanstandungen		123	75	59

Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	46	70	31
Zahl der registrierten Lebensmittelbetriebe (inkl. Gewerberecht nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen)	2.516	2.601	2.694
hiervon kontrollierte Betriebe	504	1.120	1.197
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	19	16	16
davon kontrolliert	19	0	16

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten		2010	2011	2012
Gesamtzahl der Wochenmärkte		313	312	311
Gesamtzahl der Stände über alle Markttage		14.707	14.700	15446
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten		Auslast. in %	Auslast. in %	Auslast. in %
Di / Bergedorf	708	72	68	75
Mi / Lohbrügge	590	73	73	79
Do / Bergedorf West	333	85	87	87
Fr / Bergedorf	708	81	81	87
Sa / Lohbrügge	590	85	85	91
Sa / Fleetplatz	244	43	45	48
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]		73	73	78

4.3.2 Veterinärwesen

Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2012 war, wie schon 2006 bis 2011, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

2012 gab es den Ausbruch einer neuen Tierseuche. Das bisher dahin unbekannte Schmallenberg-Virus verursachte in einem großen Haltungsbetrieb für Schafe erhebliche Verluste. Die BVD-Verordnung (Bovine Virus Diarrhöe – eine Viruserkrankung der Rinder) führt nach wie vor zu einem erheblichen Aufwand im Zusammenhang mit umfangreichen Untersuchungs-, Beratungs- und Überwachungsaufgaben.
Das Thema Tierseuchen-Krisenmanagement (überbezirklich) konnte 2012 mit der verwaltungsinternen Durchführung einer Tierseuchenbekämpfungsübung in Bergedorf neben dem Tagesgeschäft deutlich vorangebracht werden. Die Nachbereitung der Tierseuchenübung und die Fortführung konzeptioneller Planungen der Tierseuchenbekämpfung werden die Abteilung und das Fachamt auch 2013 weiter in Anspruch nehmen. Dies ist zwingend

erforderlich, damit Hamburg im Allgemeinen und der Bezirk Bergedorf als viehreichster Bezirk im Besonderen im Hinblick auf einen Ernstfall in Zukunft gut aufgestellt sind.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Anlassbezogen wird die Fachlichkeit der Tierärzte im Bereich Lebensmittelhygiene regelmäßig eingebracht.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tierausstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung, welches zu einer hohen Anzahl an Tierschutzanzeigen führt.

Hundegesetz

Wie in den Vorjahren wurden zahlreiche Untersuchungen von Hunden sowie die daraus folgende Erstellung von gerichtsfesten Gutachten zur Rassefeststellung und Begutachtung von Hunden nach Beißvorfällen ausgeführt. Zusammen mit der Anfertigung von Stellungnahmen zu externen Gutachten und die fachliche Beratung bezüglich Hundehaltungen wurde damit ein erheblicher Beitrag zur Rechtssicherheit anstehender Verwaltungsverfahren geleistet.

Kennzahlen

Veterinärwesen	**2010**	**2011**	**2012**
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	18	53	45
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	137	128	123
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	9	19	16
Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	3	7	5
Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	1.286	957	1682
Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	29	34	48

Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte	8	9	6
Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	36	14	16
Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen	97	121	132
Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	7	12	7
Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	2	3	2
Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren	1	1	1
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten,	98	142	2
schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	8	3	1

4.3.3 Technischer Umweltschutz

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelästigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen

Von Seiten der Abteilung Technischer Umweltschutz konnten die anstehenden Entschädigungsverfahren für die Installation passiven Schallschutzes in die Gebäude am ZOB abgeschlossen werden.

Auf Grund einer seit Ende 2012 gültigen Änderung der Trinkwasserverordnung besteht die allgemeine Anzeigepflicht von größeren Trinkwassererwärmungsanlagen (> 400L Speichervolumen und/oder > 4 L Leitungsvolumen) nicht mehr. Gleichwohl sind die Anlagenbetreiber nach wie vor verpflichtet, das Trinkwasser in diesen Anlagen spätestens alle 3 Jahre auf Legionellen untersuchen zu lassen. Dies betrifft nahezu jedes Mehrfamilienhaus. Eine Mitteilungspflicht besteht nur noch für den Fall einer Überschreitung von Grenzwerten für die

Belastung mit Legionellen und die dagegen ergriffenen Maßnahmen. Dem wird in der Regel nachgekommen, Überprüfungen finden nur anlassbezogen statt.

Die Badegewässer waren auch in 2012 kaum auffällig, weder die Sichttiefe noch bakteriologische Belastungen führten zu Schließungen. Der Eichbaumsee blieb wegen der nach wie vor andauernden Sanierungsmaßnahmen und notwendigen Beobachtungen weiterhin geschlossen. Hier kann aber insoweit eine gewisse Entspannung festgestellt werden, als die im Wasserkörper vorhandenen Phosphate und in der Folge die Masse der Blaualgen durch die Zuführung von Bentophos sehr deutlich reduziert werden konnten.

Da die Umweltberatungsstelle zum 1.1.2012 ihren Betrieb auf Grund der Konsolidierungsbeschlüsse eingestellt hat, sind die entsprechenden Zeilen in der nachfolgenden Tabelle gestrichen worden.

Kennzahlen

Technischer Umweltschutz	**2010**	**2011**	**2012**
Anzahl der Überwachungsvorgänge	284	274	316
Anzahl der Stellungnahmen	337	289	350
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BImschG	1	2	0
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	156	168	167
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	6	5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	10	17	20
Vorgänge Haustechnik	190	215	390
Vorgänge Wohnungspflege	126	121	101

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

	2010	**2011**	**2012**
Beschäftigungsvolumen	37,09	35,04	35,18

Das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt ist der zentrale Ansprechpartner für alle Aufgaben und Dienstleistungen im Zusammenhang mit bau-, umwelt- und gewerberechtlich zu beurteilenden (Bau-)Vorhaben. Dem Grundsatz „Dienstleistungen aus einer Hand“ folgend sind damit alle für Bauwillige, Unternehmen und Gewerbetreibenden wichtigen Genehmigungsaufgaben hier gebündelt. Gleichzeitig sind unter dem Dach des WBZ auch die Aufgaben und Servicefunktionen der bezirklichen Wirtschaftsförderung integriert.

Als bezirklicher Federführer ist das WBZ Bergedorf außerdem zentraler Ansprechpartner und pro-aktiver Koordinator für alle bezirksübergreifenden Grundsatzfragen sowie die zentrale Schnittstelle zu den Fachbehörden in Hamburg.

Im Jahr 2012 haben folgende Themenkomplexe die Arbeit des WBZ im Schwerpunkt geprägt:

- **Umsetzung des Vertrages für Hamburg-Wohnungsneubau**
  Auch wenn in 2012 die für Bergedorf gesetzte Zielvorgabe von 600 genehmigten Wohneinheiten aufgrund der noch ausstehenden Anträge für die „Glasbläserhöfe" verfehlt worden ist, hat die Dynamik des Wohnungsbaus insgesamt deutlich zugenommen.
- **Entwässerungssituation in Curslack**
  Im vergangenen Jahr ist die Wasserbehörde verstärkt aktiv geworden, um die Entwässerungssituation zu verbessern.
- **Koordination der Abstimmungs- und Umsetzungsprozesse im Zusammenhang mit der Entflechtungsdrucksache des Senates**
  Hier hat sich Bergedorf insbesondere für eine effektivere Gewerbeflächenvergabe und für schlankere behördliche Beteiligungsverfahren bei Bauvorhaben mit gesamtstädtischer Bedeutung eingesetzt.

4.4.1 Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Die Wirtschaftsförderung verfolgte 2012 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Neben übergeordneten Arbeiten zur strategischen Standortentwicklung und als „Markenbotschafter" gegenüber weiteren Akteuren wurden zahlreiche Aktivitäten zur Kommunikation der „Marke Bergedorf" vorgenommen.
An den 850 Jahr-Feiern beteiligte sich die Wirtschaftsförderung in mehrerlei Hinsicht. Eine Reihe von Veranstaltungen wurden beworben, hierzu wurde z.B. die Erstellung von Plakaten beauftragt und aus dem Budget für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung finanziert. Daneben beteiligte sich die Wirtschaftsförderung an einer Ausstellung zur Bergedorfer Industriegeschichte, mit zwei eigenen Ausstellungswänden, auf denen das Entwicklungsgebiet Schleusengärten und die heutige Bedeutung Bergedorfs als Industriestandort dargestellt wurden.
Mit dem Gewerbeflächenkonzept, das im 2. Quartal fertig gestellt wurde, nimmt der Bezirk Bergedorf Hamburg-weit eine Vorreiter-Rolle ein. Das Konzept legt einen Schwerpunkt auf die Bestandsentwicklung der Bergedorfer Gewerbeflächen, zeigt aber auch Potenziale für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen auf.
Ein bedeutendes Arbeitspensum nahmen 2012 die Tätigkeiten als Federführer für die Koordination zwischen Bezirken und Behörden ein. Neben einer Reihe von Stellungnahmen auf Anfragen der Politik und auf wirtschaftsrelevante Strategiepapiere wurde intensiv über eine Neuorganisation der Gewerbeflächenvergabe verhandelt. Ziel dieser Verhandlungen war es, ein für die Unternehmen kundenfreundlicheres Vergabeverfahren vor Ort durch das Bezirksamt zu erreichen. Darüber hinaus lassen sich weitere übergeordnete Tätigkeiten wie die Vertretung von Bergedorfer Standortinteressen im gesamt-Hamburgischen Kontext und die liegenschaftliche Immobilienkoordination nennen.
Die weiteren Tätigkeiten lassen sich wie folgt entlang der „Marke Bergedorf" ordnen:

Schöne Stadt

Eine wichtige Aufgabe des Stadtmarketings besteht darin, die Aktivitäten des Business Improvement Districts „Sachsentor – vom Mohnhof bis zum Serrahn" zu begleiten. Neben der Teilnahme an den Sitzungen und der damit verbundenen Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel besteht die Unterstützung auch in praktischer Zusammenarbeit. Sei es im Bereich der PR-Unterstützung (Stadttaler-Aktivitäten, Standortbroschüre,

Dachmarkenkampagne „Shopping Vielfalt Bergedorf") oder im Bereich der allgemeinen Vermittlung zwischen Bezirksamt und BID.
Die Wirtschaftsförderung begleitete 2012 das ESF-geförderte Projekt BFN Bergedorf. Es soll die Einzelhändler in den Nahversorgungszentren von Neuallermöhe und in der Alten Holstenstraße unterstützen. Eine Reihe von Marketingaktionen des Projekts sind 2012 umgesetzt worden. Zum Beispiel wurden diverse Veranstaltungen im Reetwerder, in der Alten Holstenstraße, am Fleetplatz und Edith-Stein-Platz durchgeführt.

Garten Hamburgs

Das Förderprojekt „Kurs Elbe. Von Hamburg bis Wittenberge" ist 2012 in die operative Umsetzung gestartet. Die Metropolregion fördert das gemeinsam mit Kreisen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern entwickelte Projekt zur Unterstützung des Elbe-Tourismus. Ziel ist es, die Region gemeinsam als Naherholungs- und Tourismusziel zu profilieren und ihre wasserbezogenen Potenziale zu stärken. 2012 wurde bereits intensiv Öffentlichkeitarbeit betrieben und eine Reihe von Werbemedien vorbereitet. Im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstags konnte sich Bergedorf gemeinsam mit den Projektpartnern präsentieren, wobei eine hohe Kundenzahl angesprochen werden konnte.

Dynamik und kurze Wege

Auch 2012 wurde die Webseite www.bergedorf.de zusammen mit einem Trägerbeirat gepflegt, so dass man dort auf kurzem Weg die vielen Angebote Bergedorfs findet.
Die Vernetzung der Wirtschaft war weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z.B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden wieder branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Neben der Ehrung der Landessieger im Handwerk zu Jahresbeginn waren dies die folgenden Veranstaltungen:

- Zwei Netzwerktreffen des Logistik-Netzwerks Bergedorf. Schwerpunktthemen waren die gemeinsame Beteiligung am „Tag der Logistik", die Kindertagesbetreuung im Gewerbegebiet Allermöhe sowie die Gewinnung von Fachkräften.
- Ein Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf", auf dem die Veranstaltung „Technik Region Bergedorf" vorbereitet wurde.
- Auf der Veranstaltung „Technik Region Bergedorf" im Mai präsentierte sich die Bergedorfer Maschinenbau-Branche gemeinsam im Laserzentrum einem Fachpublikum. Die Veranstaltung hat die Vernetzung der Unternehmen weiter gestärkt und zudem die Außenwirkung des Standorts verbessert (u.a. diverse Presseartikel).
- Im November der 6. Life Sciences Day in der HAW mit dem Schwerpunktthema Landwirtschaft.

Daneben wurde die Ausbildungsplatzinitiative begleitet und bei der Organisation des Bergedorfer Berufsorientierungstages unterstützt, einer Veranstaltung in der Gewerbeschule G19.

Industrie mit Köpfchen

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung im Jahr 2012. Ferner wurden die Wirtschaftssenioren und – neu seit diesem Jahr – die Unternehmer ohne Grenzen durch Pressearbeit und Vermittlung bei ihrem Bemühen unterstützt, Existenzgründer und KMU im Bezirk vor Ort, kostenlos und niedrigschwellig zu beraten.
Um die Infrastruktur für die Unternehmen (und ihre weiter wachsende Belegschaft) im Gewerbegebiet Allermöhe zu verbessern, unterstützte die bezirkliche Wirtschaftsförderung weiterhin die Ansiedlung einer Betriebs-Kita am Rungedamm. Die Einweihung ist für Anfang 2013 geplant.
Die Ansiedlung von Unternehmen gehört zu den Aufgaben der Abteilung. Ein Schwerpunkt bildete die Bewerbung der Schleusengärten, wo Anfang 2012 das Laserzentrum eröffnet wurde.

2012 konnte die Abteilung verschiedene weitere Unternehmen für das Areal Schleusengärten interessieren (z.B. die Firma GALAB Laboratories) und führte mit einzelnen Firmen Verhandlungen über eine Ansiedlung, teilweise gemeinsam mit der HWF. Die Firma GALAB wurde darüber hinaus intensiv bei der Bauantragstellung begleitet. Auch für andere Standorte im Bezirk konnten Firmen interessiert und teilweise angesiedelt werden.
Als drittes Technologie-Projekt in den Schleusengärten wurde die Hochschule für angewandte Wissenschaften HAW bei der Entwicklung des Projekts „Energiecampus" unterstützt, das die Ansiedlung einer Forschungseinrichtung in den Schleusengärten, kombiniert mit Windrädern für wissenschaftliche Zwecke südlich der A25 vorsieht. Hierbei wurde als erster Baustein der Aufbau eines Windlabors vorangetrieben, für das in 2012 durch die Wirtschaftsbehörde die Finanzierung mittels EFRE-Förderung zugesagt wurde.
Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von Gewerbegrundstücken getroffen.

Im Jahr 2012 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

Tätigkeitsfeld	Belegenheit	Größe in m²
Spezialist für Kälte- und Klimaanlagen, Filterbau	Hermann-Wüsthof-Ring	680
Stahl- und Rohrleitungsbau, Anlagenbau	Mette-Harden-Straße	800
Verkauf und Einbau von Kunststofffenstern, Gebäudeisolierung	Mette-Harden-Straße	1.000
Investorenprojekt mit Mietern aus dem Branchen Life Sciences und Maschinenbau	Am Schleusengraben	3.300
Abbruch- und Entkernungsarbeiten im Hochbau	Mette-Harden-Straße	1.200
Vertrieb und Distribution hochwertiger Kugellager für die Elektromotoren-, Getriebe-, Werkzeug- und Autoindustrie	Werner-Schröder-Straße	10.344
Handel mit Obst und Gemüse, Lieferservice für die Gastronomie	Amandus-Stubbe-Straße	31.161
Transportunternehmen	Helmut-Nack-Straße	582

Eine ca. 4.100 m² große Teilfläche (Flurstück 1670 und andere Gemarkung Bergedorf) am Curslacker Neuer Deich 72 wurde für den dort ansässigen Kfz-Betrieb reserviert.
Desgleichen wurde eine ca. 1.249 m² große Teilfläche des Flurstücks 7443 der Gemarkung Allermöhe am Dwengerkamp für einen in der Laser- und Feinblechtechnik tätigen Betrieb als Erweiterungsfläche reserviert.
Für einen vorhandenen Logistikbetrieb am Rungedamm wurden ca. 20.452 m² als Erweiterungsfläche reserviert.
Das Gewerbegebiet Walter-Rudolphi-Weg ist insgesamt aus der Wirtschaftsförderung herausgenommen worden und wird einer anderen Verwertung zugeführt (Wohnungsbau).
Eine ca. 1.500 m² große Teilfläche des Flurstücks 4425 der Gemarkung Curslack, belegen am Schleusengraben, wurde aus der Wirtschaftsförderung herausgenommen und soll der Errichtung eines Forschungszentrums dienen.
Für weitere Dispositionen stehen im Bezirk Bergedorf z. Zt. insgesamt noch 25,3 ha (Stand 01.01.2013) Gewerbeflächen zur Verfügung.

4.4.2 Bauprüfung

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen

Im Jahr 2012 wurden lediglich 469 Wohnungen genehmigt. Damit wurde die Zielzahl von 600 nicht erreicht, was hauptsächlich daran lag, dass vom Investor ein größerer Wohnungsbauantrag auf 2013 verschoben wurde.

Um Genehmigungen zügiger prüfen und erteilen zu können, wurde das Projekt „Digitales Bauamt" ins Leben gerufen. Durch erarbeitete Teilprozesse, an denen der Federführer Bergedorf für den Bereich Bauprüfung maßgeblich beteiligt ist, können immer mehr Dienststellen digital beteiligt und Stellungnahmen digital abgegeben werden.

Schöne Stadt

Die Gestaltungsberatung wird wie in den Vorjahren gut angenommen. Im ländlichen Raum wird darauf geachtet, dass die Kleinteilig- und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet liegt der Focus im Bereich der Details und Materialien, damit die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Dieses ist oftmals ein langwieriger und schwieriger Prozess, der aber von den Bauherren, wenn am Ende ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet worden ist, gut angenommen wird. Im Kernbereich von Bergedorf dagegen geht es hauptsächlich um anspruchs- und niveauvoll gestaltete Werbeanlagen und Eingangsfassaden. Im Bestandswohnungsbau werden weiterhin, hauptsächlich im Mehrfamilienhausbau, Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt. Allerdings kommen Ziegelfassaden immer weniger zur Ausführung. In Bergedorf-West aber auch in Lohbrügge-Nord werden Hochhäuser modernisiert und brandschutztechnisch ertüchtigt, so zum Beispiel in der Goedelerstraße, am Binnenfeldredder, am Ladenbeker Furtweg, am Friedrich-Frank-Bogen, am Sander Damm und der Korachstraße.

Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich dienen, ist mit 93 Vorbescheiden (im Vorjahr 138) zwar zurückgegangen, aber immer noch hoch. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, eine frühzeitige Klärung über die Bebaubarkeit herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt, das heißt das Wohnen im grünen Landgebiet bleibt weiter attraktiv. So liegt die Zahl der genehmigten Wohnungen im Landgebiet in 2012 bei 218 Wohnungen (Vorjahr 136 Wohnungen), wobei die Zahl der Mehrfamilienhäuser weiter steigt. Die hohe Zahl der genehmigten Wohnung kommt dadurch zustande, weil endlich die Genehmigung für die 84 seniorengerechten Wohnungen am Lauweg erteilt werden konnten.

Zum Erhalt des Landgebietes und dessen Attraktivität tragen die Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe bei. In 2012 konnten 3 größere privilegierte Baumaßnahmen genehmigt werden - landwirtschaftliche Maschinenhalle am Wrauster Bogen, Lagerhalle für Dünge- und Futtermittel am Hofschläger Deich, Erweiterung eines Boxenlaufstalles am Vorderdeich.

Kurze Wege

Auch in 2012 wurden diverse Umbaugenehmigungen für Ladennutzungen im Sachsentor, Am Mohnhof und in der Alten Holstenstraße erteilt. Für den Penny-Markt an der Weberade wurde ein Umbau mit Erweiterung genehmigt.

Durch Abbruch alter Bausubstanz und Neubau werden mehr Wohneinheiten entstehen als vorher, so an der Holtenklinker Straße 7, am Katendeich 27, an der Sanmannreihe 8 und in der Seyboldstraße 6 Wohnungen. Am Blumenhof wurde das Mehrfamilienhaus mit 11 Wohnungen genehmigt, am Ochsenwerder Landscheideweg ein Siebenfamilienhaus.

Stadt für Kinder und Familien

Auch im Jahr 2012 wurden Erweiterungen von Kindertagesstätten durch eine Spielfläche auf dem Dach (Edith-Stein-Platz) und einen Anbau (Marta-Damkowski-Kehre) genehmigt. An fünf Schulen im Bezirk (Richard-Linde-Weg, Schule Zollenspieker, Stadtteilschule Kirchwerder, Grundschule Altengamme, Luisenschule) wurden mobile Klassenraumanlagen aufgestellt, um den Unterricht weiter führen zu können, während die Schulen saniert und/oder erweitert werden. Fünf weitere Schulen (Grundschule Mittlerer Landweg, Grundschule Leuschnerstraße, Felix-Jud-Ring, Grundschule Heidhorst, Grundschule Mendelstraße) sollen Mensen und Aufwärmküchen erhalten. Weiterhin erhält die Grundschule Sander Damm eine neue Sporthalle und der Sportplatz Binnenfeldredder eine neue Flutlichtanlage. Für die älteren Bergedorfer sollen am Gojenbergsweg und am Lauweg insgesamt 103 Seniorenwohnungen entstehen.

Dynamik entfalten

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an veränderte Betriebsnotwendigkeiten anzupassen. Es konnten Genehmigungen für Neuansiedlungen für einen Laborbetrieb (Schleusengraben), eine Baufirma, eine Baumaschinenvermietungsfirma (Gewerbegebiet Allermöhe), einen Betrieb der Werkstoffentwicklung (Helmut-Nack-Straße)und einen OBI-Baumarkt (Kurt-A.-Körber-Chaussee) erteilt werden. Erweiterungen konnten für eine Kfz-Werkstatt (Gewerbegebiet Lohbrügge), einen Senfreinigungsbetrieb (Moorfleeter Deich) und einen Speditionsbetrieb (Gewerbegebiet Allermöhe) erteilt werden. Damit bleibt Bergedorf weiter ein attraktiver Gewerbestandort.

Für das Stadt- und das Landgebiet ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

		2009	2010	2011	2012
Wohnbauvorhaben		323	321	370	274
Anzahl genehmigter Wohnungen		307	455	622	469
Gewerbliche Bauvorhaben		235	316	275	198
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1034*	1064*	1316*	1005
Anzahl der Owi-Verfahren		1	7	4	3
Einnahmen in €	Soll	**1.007.827**	**649.093**	**753.267**	
	Ist	**1.142.130**	**630.750**	**760.396**	

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

4.4.3 Service und Verwaltung

Kundenservice

Der Kundenservice ist die erste Anlaufstelle für jeden Besucher des WBZ. Daher ist der Kundenservice. bestrebt, die Qualität seiner Arbeit ständig zu verbessern. Das Kundenfeedback-System wird laufend geführt und ausgewertet. Die Auswertung dieser Karten ergab durchweg positive Rückmeldungen. Die hier erbrachten Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden auf deren Nutzen und Umsetzung, unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen, geprüft.
Die telefonische Erreichbarkeit des Kundenservice liegt zurzeit bei durchschnittlich 54%.
2012 wurde an der Einführung des elektronischen Aufgrabescheines gearbeitet, der es dem Kunden ermöglicht, Anträge online zu stellen. Bergedorf hat hierfür gemeinsam mit der Firma Vattenfall und dem Bergedorfer Polizeikommissariat an einem überbezirklichen Pilotprojekt teilgenommen. Ab Oktober 2012 wurde dieses elektronische Verfahren flächendeckend für alle Kunden eingeführt.
Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen ist in 2012 etwas zurückgegangen. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der persönlichen Vorsprachen für die Aufgrabescheine deutlich zurückgegangen ist, die Gesamtzahl der Aufgrabescheine in Verfahren aber gestiegen ist, was auf die Umstellung des Verfahrens auf die elektronische Antragstellung zurückzuführen ist.

Die geringere Zahl von Sondernutzungsanträgen im Vergleich zum Vorjahr, ist mit den Wahlen zu erklären. Anfang 2011 fand die Bürgerschaftswahl statt. Damit verbunden ist erfahrungsgemäß eine erhöhte Zahlt von Anträgen auf Infostände und Werbeträgern.
Im Jahre 2012 fanden diverse Veranstaltungen aus Anlass des 850- jährigen Jubiläums Bergedorfs statt. Dieses erforderte eine Koordination der jeweiligen Veranstaltungen und der Anträge auf Sondernutzungen und Aufgrabungen. Das stellte den Kundenservice vor besondere Herausforderungen, welche insgesamt gut bewältigt werden konnten.
Die Aktivitäten des Kundenservice werden monatlich gemessen und ausgewertet.

Kennzahlen

Kundenservice	2010	2011	2012
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	12.817	11.241	8.864
davon			
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	3.955	3.717	3.188
Akteneinsicht / -ausleihe	476	525	479
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen*	1.626	1.565	1.077
Aufgrabescheine	1.540	1.464	937
Hundeanmeldungen	421	387	289
Verlängerung der Fischereierlaubnis	340	561	291
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009)	133	215	198
Gebührenpflichtige Bauberatungen			Siehe WBZ 2
Sonstige Anliegen	3.572	3.066	2.331

Terminvergaben für das Back-Office	754	1.118	804
Telefonkunden	9.181	8.318	----**
Durchschnittliche Wartezeit	1,6 Min	1,3 Min	1,8Min.
Durchschnittliche Bearbeitungszeit (ab 2010 erhoben)	8,5 Min	9,2 Min	10,1Min.

*Anzahl der Gesamtfälle
** keine Erhebung in 2012

Verwaltung

Mit seinen vielfältigen Querschnittsaufgaben verbindet der Verwaltungsabschnitt alle Abteilungen des WBZ und versteht sich somit als interner Dienstleister des Hauses.
Aufgrund der aktuellen angespannten Wohnungsmarktlage wurde der Wohnraumschutz, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten, durch die Verwaltung intensiviert. Hinzu kam eine Vielzahl von Anzeigen durch besorgte Bürger bzw. diversen Mieterorganisationen auf zweckfremde Nutzung von Wohnraum, die das Tätigkeitsfeld des Abschnittes entscheidend prägte.

Die Änderung diverser Gebührenordnungen und die damit verbundene Anpassung bestehender Gebührentatbestände waren ein großer Bestandteil des Arbeitsprogrammes 2012.

Darüber hinaus wirkte der Abschnitt im Rahmen der Federführung an bezirkübergreifenden Projekten, wie z.B. „Digitales Bauamt", bei der hamburgweiten Kehrbezirksvergabe oder auch bei der Umsetzung gesetzlicher Änderungen im Schornsteinfegerwesen ins Fachprogramm BaCom, mit.

Außerdem wurden 2012 Prozesse der Arbeitsoptimierung durch abschnittsinterne Maßnahmen angestoßen Die Idee der Einheitssachbearbeitung in weiten Teilen des Verwaltungsabschnittes wurde hierbei weiterentwickelt.

Die Abarbeitung von Friedhofsangelegenheiten mit dem digitalen Friedhofsprogramm lief 2012 noch nicht effizient genug. An diesem Problem soll 2013 weiterhin gearbeitet werden, um zukünftig die Servicequalität für Bestatter und Privatkunden zu steigern.

Kennzahlen

Friedhof	2010	2011	2012
Bestattungen gesamt	715	708	663
Erdbestattungen	298	271	257
Urnenbestattungen	417	437	406

4.4.4 Umwelt

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen des naturschutzfachlichen Bundes- und Landesrechts, insbesondere der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie überwacht Naturschutzgebiete im Bezirk, setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Weiterhin ist das WBZ zuständig für vielfältige Aufgaben im Bereich des Wasserrechts. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht). Bergedorf ist mit fast 12 km²

Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafens:19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300km sonstige Gräben; insgesamt etwa 3.000.000 lfd. Meter Gewässerstrecke.

Im Hinblick auf die Wasserrahmenrichtlinie und die seit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes gestiegenen Anforderungen an die Gewässerqualität sind sowohl der Schutz der Oberflächengewässer als auch ihre Erhaltung als Entwässerungseinrichtungen noch mehr in den Fokus gerückt.
Als wasserrechtliche Planfeststellungsbehörde hat die Abteilung im Jahr 2012 den Plangenehmigungsbescheid für den Umbau des Regenrückhaltebeckens Plettenbergstraße erstellt sowie ein Planänderungsverfahren für den Kiesabbau am Unteren Landweg durchgeführt.

Garten Hamburgs

Im vergangenen Jahr wurden 351 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 25 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Außerdem wurde wie bereits im Vorjahr verstärkt die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen überprüft.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 67 BNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind.

Stadt für Kinder und Familien

Bergedorf weist seit Jahren mehr Bauland neu aus als andere Bezirke Hamburgs. Neue Baugebiete liegen überwiegend in der Niederung von Elbe und Bille. Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefreien Marschengräben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen vielfältige und kontinuierlich zunehmende Aufgaben (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete). Im Bereich Curslack ist die Wasserbehörde im vergangenen Jahr verstärkt aktiv geworden, um die dortige Entwässerungssituation zu verbessern. So wurden zunächst alle Anwohner auf ihre Unterhaltungspflichten aufmerksam gemacht. Bei einer Gewässerschau des Sielgrabens 15 hat die Wasserbehörde dann vorhandene Mängel aufgenommen, die verantwortlichen Grundstückseigentümer zur Mängelbeseitigung aufgefordert und deren Durchführung überwacht.

Nicht nur die Landschaft verändert sich und damit Nutzungsart und -intensität, auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt. Infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.

Ergänzend zu den ausgewählten und erfassten Vorgangsarten hat die Abteilung Stellungnahmen zu Bebauungsplänen, Landschaftsplanung, wasserwirtschaftlicher Regionalplanung und zu Verfahren anderer Rechtsbereiche erarbeitet.

Kennzahlen

(auch für Vm – Gebiet)	2010	2011	2012
Naturschutz:			
1. Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)	416 (89)	374 (90)	351 (89)
2.1 Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG	19	24	13
2.2 Ersatz und Ausgleich prüfen	39	53	49
2.3 Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)	144 (29)	177 (60)	139 (38)
Gesamt Pkt. 2	202	254	201
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	8	24	13
Anzahl der Widersprüche	2	2	2
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	2	0	2
Einnahmen Soll	15.435,90	30.571,30	48.531,10
Ist	15.640,65	29.745,30	48.692,35
Wasserrecht:			
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt	663	652	797
Anzahl Widerspruchsverfahren	6	1	5
davon erfolgreiche Widersprüche in %	0	0	0
Anzahl OWI-Verfahren	0	0	0
Genehmigungen	162	111	117
Erlaubnisse	428	448	495
- davon in konzentrierenden Verfahren	17	9	24
Planverfahren	2		2
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen	16	47	53
Versagungen, Widerrufe	12	3	6
Beanstandungen/Anordnungen u.ä.	32	15	106
Schäden am Gewässer	11	28	18
Einnahmen Soll	119.942	121.454,37	156.648,89
Ist	117.611	124.722,25	155.472,91